

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Volkspreis 4,22 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Kundenabonnements 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckschereporto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Herbst mit dem Titel „Der Abend“. Zusätzliche Beilagen: „Hoff und Heim“, „Ihrer Beschlüsse“, „Technik“, „Wirt in die Wälder“, „Jugend-Vorwärts“, „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einpalt. Konzernzeile 40 Bl. Restzeile 6.— M. „Kleine Anzeigen“ das setzgedruckte Wort 25 Bl. (zwei bis drei setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Bl. Rebell u. Tarif. Stellengesuche das erste Wort 15 Bl., jedes weitere Wort 10 Bl. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familienanzeigen Seite 40 Bl. Angelegenheiten im Hauptgeschäftsbürostraße 3, wochenttäglich von 9 bis 11 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Uebersetzung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhof (A 7) 292—297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Disk.-Gef., Depostenf., Jerusalemstr. 60/66.

Zollunion ad acta!

Ein unrühmliches Ende.

WIB. meldet aus Genf:

Das Gutachten des Haager Gerichtshofes in der Frage des deutsch-österreichischen Zollunionsplans wird, wie heute abend von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, aller Wahrscheinlichkeit nach am Sonnabendvormittag hier in Genf eintreffen. Nach den bisherigen Dispositionen wird sich der Bölkerbundsrot Sonnabend nachmittag versammeln, um das Gutachten entgegenzunehmen. Es bestätigt sich, daß auf österreichischer und deutscher Seite beabsichtigt ist, zu der Frage gewisse Erklärungen abzugeben. Man spricht von der Möglichkeit, daß diese Erklärungen in dem Europa-Ausschuß abgegeben werden, an der Stelle also, wo die Frage der Zollunionen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend auch im Mai eingehend behandelt worden ist. Der Wortlaut der Erklärungen steht noch nicht fest. Da aber der Europa-Ausschuß sich eingehend mit der wirtschaftlichen Neuorganisation Europas befassen will und in diesem Zusammenhang der Gedanke der Zollunion auch zweifellos wieder eine Rolle spielen wird, ist der Boden ohne weiteres gegeben (!), aus dem die Erklärungen des deutschen und des österreichischen Vertreters zu der vorliegenden Frage zwanglos herauswachsen (!) können. Das Gutachten des Haager Gerichtshofes ist hier noch nicht bekannt. Soviel kann aber schon gesagt werden, daß ein endgültiger Verzicht auf die Zollunion nicht in Frage kommt.

Eine zeitweise Zurückstellung der Durchführung des Planes ergibt sich auch aus der besonderen Lage Österreichs, die eine praktische Verwirklichung der Zollunion im Augenblick nicht möglich erscheinen läßt.

Damit hat der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion jenes Ende gefunden, das jeder Anfänger in außenpolitischen Dingen vom ersten Tage an voraussehen konnte und voraussehen mußte. Der durch diesen diplomatischen „Hufenschieß“ angerichtete Schaden steht in gar keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Gewinn, den man sich von der Verwirklichung dieser Idee versprochen hatte.

Erstaunlich ist, daß diese ganze ungeschickte Aktion von den maßgebenden Stellen noch mit einer letzten vermeidbaren Ungeschicklichkeit abgeschlossen worden ist. Diese gewundene halbamtliche Erklärung, die durch das WIB. aus Genf verbreitet wird, ist, vom deutschen Standpunkt betrachtet, ebenso überflüssig wie kläglich. Deutschland hätte ruhig das Haager Urteil abwarten sollen, zumal es nach den bisherigen Nachrichten der deutschen Rechtsauffassung gerecht wird

und nur wegen der besonderen Verpflichtungen Österreichs gegenüber dem Bölkerbund die Zollunion praktisch verhindert.

Statt dessen läßt man den Verzicht auf die Zollunion schon jetzt ankündigen, wobei man mit einer tapferen Gebärde, über die die ganze Welt lachen wird, versichert, „daß ein endgültiger Verzicht auf die Zollunion nicht in Frage kommt.“ Entscheidend ist jedoch nur der Schlusssatz über die „zeitweise Zurückstellung der Durchführung des Planes, die sich (!) aus der besonderen Lage Österreichs ergibt“.

Damit ist diese ganze Affäre mit derselben Geschicklichkeit abgeschlossen worden, mit der sie eingeleitet wurde.

Besprechungen mit Brüning.

Zurückkehr Ende der Woche.

Am Dienstag fanden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning, in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich und des Reichsarbeitsministers Stegerwald Besprechungen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Abgeordneten Dr. Hilferding und Dr. Herß, statt. Zur Aussprache standen die von der Regierung im Juni zugefügten Änderungen der damaligen Notverordnung, außerdem alle Fragen, die mit der Sicherung der Unterstützung der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung, bei den Gemeinden und den Möglichkeiten zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise bzw. zur Verbillichung der Lebenshaltung im Zusammenhang stehen.

Da die Pläne der Reichsregierung für die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik sich bisher noch im ersten Stadium der Prüfung befinden, soll zunächst deren weitere Klärung erfolgen. Die Änderungen der alten Notverordnung sollen dann im Zusammenhang mit den neuen Absichten des Kabinetts behandelt werden. Die Besprechungen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion werden deshalb Ende der Woche fortgesetzt und sollen vor der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am kommenden Dienstag stattfindet, weitgehend geklärt sein.

Von Forellen und Tintenfischen.

Verfagt der Bölkerbund?

Wie immer zu Beginn der Jahresversammlung des Bölkerbundes läßt die deutsche Rechtspresse Sturm gegen den Genfer Staatenverband. In diesem Jahr gibt sie sogar die Parole des Austritts Deutschlands aus dem Bölkerbund aus und droht dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister mit schärfster Opposition, falls nichts in dieser Richtung geschähe. Man soll diesen Theaterdonner nicht tragisch nehmen. Wir wissen nur zu gut, daß, wenn Hugenbergs Regierungssehnsüchte erfüllt würden, das künftige Rechtskabinett noch weniger als das gegenwärtige einen solchen Schritt wagen würde. Wir haben ja eine anderthalbjährige Erfahrung (vom Januar 1927 bis zum Juni 1928) mit einer regierenden Rechtskoalition gemacht, in der die Partei Hugenbergs sogar den weitaus stärksten Faktor bildete: nie war die deutsche Außenpolitik leistungsfähiger als in jener Zeit, nie ist es den Hugenberg-Ministern damals eingefallen, den Austritt aus dem Bölkerbund im Kabinett zu beantragen. Sie ließen es sogar zu, daß in diesen achtzehn Monaten keinerlei Versuche unternommen wurden, die frühere Rheinlandräumung oder die Ermäßigung der Dawes-Lasten zu betreiben. Das blieb der folgenden Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller vorbehalten.

Man wende nicht ein, daß die Deutschnationalen heute, unter Hugenbergs diktatorischer Führung, radikal geworden seien als in jener Zeit, in der sich der maßgebende Einfluß von Westarp, Hergt, Keudell und Hoehsch noch geltend machte. Wenn sich Hugenberg gegenwärtig an die Macht drängt, so geschieht das nicht zuletzt, um sich zu sanieren. Der Mann, der unter dem Alpdruck von Danat-Schulden seufzt und der nicht einmal die vollen Gehälter seiner Parteigestellten zum Ultimo auszahlen kann, ist im Grunde heilfroh, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, seine innen- und außenpolitischen Katastrophenrezepte zu befolgen. Noch weniger würde er daran denken, diese Parolen ernst zu nehmen, wenn er an die Macht käme.

Man sage auch nicht, daß die nationalsozialistische Konkurrenz Hugenberg zwingen würde, als Träger der staatlichen Verantwortung seine heutigen Parolen zu verwirklichen. Der außenpolitische Extremismus der Nazi-Führer ist genau so unehrlich wie der Hugenbergsche. Hitlers Antwort an Gustave Hervé bald nach den Septemberwahlen von 1930 war nichts als ein würdeloses Anbiederungsangebot an Frankreich, in dem jeder Gedanken an Vertragszerstörung und dergleichen entschieden gezeugnet wurde.

Es scheint aber, daß auf manche Kreise der Reichsregierung und besonders des Auswärtigen Amtes die nationalsozialistische Stimmungsmache gegen Genf nicht ohne Einfluß geblieben ist. Weniger aus Ueberzeugung, als aus ängstlicher Anpassungsfähigkeit sind manche Bürokraten der Wilhelmstraße und manche recht maßgebende Politiker der Mittelparteien zu der Auffassung gekommen, daß man „etwas tun“ müsse, um den „nationalen“ Parteien das Wasser abzugraben. Aus derartigen Gedankengängen ist feinerzeit der Zollunionsplan entstanden, der in der Geschichte der deutschen Außenpolitik in der Nachkriegszeit als der verhängnisvollste Fehler verzeichnet bleiben wird. In der gleichen Richtung liegt das offenkundige Bestreben mancher Politiker und Diplomaten, Deutschland vom Bölkerbund stärker zu distanzieren, von ihm mit Skepsis oder gar mit Spott zu sprechen und ihn überhaupt möglichst auszuscheiden.

Wir hegen keinerlei Illusionen über die Wirkungsmöglichkeiten des Bölkerbundes, solange die atmofische Junstdiplomatie die meisten europäischen Kanzleien beherrscht und insolgedessen auch den Bölkerbund beeinflusst und hemmt. Noch weniger erwarten wir allzu große Erfolge von Genf, solange faschistische Regierungen wie die italienische und die jugoslawische sich im Bölkerbundrat haben und solange gemäßigtere reaktionäre und nationalsozialistische Kabinette in Frankreich und in Deutschland regieren. Aber es geht nicht an, den Bölkerbund als solchen dafür verantwortlich zu machen, daß die Völker bisher nicht fähig waren, aus ihm etwas Segensreiches zu machen. Ebenjowenig wie es etwas gegen das System der parlamentarischen Demokratie beweist, daß vor Jahresfrist in Deutschland 6½ Millionen Nazis und fast 5 Millionen Kommunisten einen arbeitsunfähigen Reichstag zustande brachten. Wenn ein betrunkenen Chauffeur mit seinem Wagen in einen Baum rast und nur ein Trümmerhaufen übrig bleibt, dann ist noch lange nicht damit demon-

Franzen gegen Hitler.

Er tritt wegen der Hitler-Diktatur aus der NSDAP. aus.

Braunschweig, 1. September.

Minister Dr. Franzen hat seinen Austritt aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärt. Er erklärte, sich den vom Abgeordneten Rust bekanntgegebenen Standpunkt der Parteileitung zur Ministerfrage in Braunschweig nicht zu eigen machen und die Enthebung des Abgeordneten Groh von seinem Amt als Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion nicht billigen zu können.

Herr Franzen hat als braunschweigischer Minister debütiert mit einer Begünstigung, die zwar strafrechtlich nicht zu fassen ist, aber dennoch eine Begünstigung bleibt. Seine Amtstätigkeit hat dazu geführt, daß die SA in Braunschweig hemmschlos schalten und walten konnte. Der Radau- und Rombkurs der Hitler-Partei hat in Braunschweig Triumphe gefeiert.

Herr Franzen, dessen Position moralisch unhaltbar geworden war, hat seinen Rücktritt begründet mit der Erklärung, daß er nicht den Fronvogt der Brüning-Diktatur spielen wolle. Mit dieser Erklärung hat er die Tür für eine weitere Regierungsbeteiligung der Hitler-Partei in Braunschweig zugemauert.

Aber Hitler hat sie wieder aufgemacht, und dabei hat Herr Franzen einen sehr unansehnlichen Stoß erhalten. Je mehr man in München erkennt, daß man in eine Sackgasse geraten ist, um so fester klammert man sich an das, was man hat. Man will lieber den „Fronvogt der Brüning-Diktatur“ spielen, als die Methode des Auszugs aus dem Reichstag und den Länderministerien fortsetzen.

Die Hitler-Diktatur hat Herrn Franzen desavouiert — mit ihm aber auch die aktivistische Richtung in der Organisation und der Reichstagsfraktion der Hitler-Partei. Herr Franzen antwortet mit dem Austritt aus der Partei. Damit werden die Spannungen in der Hitler-Partei noch stärker sichtbar als zuvor.

Dieser Austritt fügt im übrigen dem Charakterbild des Herrn Franzen den letzten Strich hinzu. Der preußische Amtsrichter, der sich mit der Hitler-Partei eingelassen hatte und einem Disziplinarverfahren entgegen sah, wurde von Hitler zum braunschweigischen Minister bestimmt. Sofort fielen die Eierschalen richterlicher Objektivität von ihm ab. Die Hitler-Diktatur gefiel ihm, als sie ihn emportrug. Als sie ihn desavouierte, gefiel sie ihm weniger. Als er Minister wurde, war er Parteimann bis zur Begünstigung, als Hitler ihn desavouierte, trat er aus der Partei aus. Er hat damit die Motive aufgezeigt, die ihn und seinesgleichen in die Hitler-Partei geführt haben.

Auch Groh tritt aus.

Braunschweig, 1. September.

Im Anschluß an die Vorkommnisse im Zusammenhang mit der gestrigen nationalsozialistischen Massenversammlung hat auch der braunschweigische Landtagsabgeordnete Groh, der bisherige Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, dem dieses Amt entzogen worden ist, in einer Erklärung seinen Austritt aus der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei mitgeteilt.

striert, daß das Auto nichts taugte und daß überhaupt die Erfindung des Kraftwagens ein Unfug war.

Zu den neuen Vorwürfen, die von nationalistischer Seite gegen den Völkerbund erhoben werden, gehört die Behauptung, daß er in diesem Sommer nicht eingegriffen hätte, als die deutsche Krise ein allgemeines politisches Chaos in Europa zu entfachen drohte. Wieder einmal habe also der Völkerbund „versagt“. Ein Hugenberg'sches Blatt leistet sich dabei die geschmackvolle Behauptung, daß der Generalsekretär Sir Eric Drummond zu jener Zeit seelenruhig Forellen in Schottland fischte.

Nun, es hat in jener Zeit auch in Deutschland Persönlichkeiten gegeben, die durch die ganze Krise hindurch ihren Sommerurlaub fern von Berlin verbrachten. Aber abgesehen davon ist doch die Gegenfrage am Platze: Wer war denn damals zu spät für eine etwaige Einberufung des Völkerbundes? Grundfänglich jedes Völkerbundmitglied, vor allem jedes Mitglied des Rates und in allererster Linie der amtierende Ratspräsident. Wer war nun von Mai bis September der amtierende Ratspräsident, der so kaltherrig, so gleichgültig gegenüber den Nöten des deutschen Volkes war, daß er die Initiative zu einer Einberufung des Rates nicht ergriff? Es war ausgerechnet der deutsche Vertreter, der Reichs außerminister Dr. Curtius!

Nun mag Dr. Curtius gute Gründe gehabt haben, ein Eingreifen des Völkerbundes für zwecklos zu halten. Zum Beispiel, daß man in Berlin Hilfe vor allem von Amerika erhoffte, das leider dem Völkerbund nicht angehört. (Wofür man den Völkerbund auch nicht verantwortlich machen kann.) Dann mag er sich gesagt haben: auch der Rat wird doch nichts ohne die Bankiers tun können, und die sitzen in Basel, oder vielmehr in New York, London und Paris. In sträflicher Verkennung der tatsächlichen finanziellen Machtverhältnisse hat man in Berlin lange Zeit geglaubt, daß man sich um die Pariser Bankiers überhaupt nicht zu kümmern brauche. Außerdem hatte man Angst vor Hugenberg's und Hillers Geschrei und wollte vom „Erbfeind“ zunächst selbst ohne „Bindungen“ überhaupt kein Geld annehmen. Man soll doch lieber offen gestehen: an einen Appell an den Völkerbund hat man in Deutschland schon deshalb nicht gedacht, weil man eine politische Aussprache mit Frankreich scheute. Man scheute diese Aussprache, weil man außenpolitisch kein ganz gutes Gewissen und innenpolitisch keinen Mut hatte.

Während die deutschnationale Presse den förmlichen Austritt aus dem Völkerbund fordert, gibt das Auswärtige Amt dieser Stimmungsmache insofern nach, als es zumindest den Eindruck einer „zunehmenden Abkehr“ Deutschlands vom Völkerbund erweckt. Schon die rein bürokratische Zusammenlegung der diesjährigen deutschen Völkerbundsdelegation ist für diese Tendenz symptomatisch. Es werden zum Teil Männer ohne Genfer Erfahrungen, ohne persönliche Verbindungen und sogar solche mit ausgesprochen völkerbundfeindlichen Vorurteilen Deutschland auf dieser internationalen Tagung vertreten. Wenn dann das Ergebnis besonders mager ist, wird es erst recht heißen: der Völkerbund hat wieder einmal „versagt“.

Die Sozialdemokratie lehnt jedenfalls vor aller Welt die Verantwortung für eine solche Außenpolitik ab, die, nebenbei bemerkt, der Stressemann'schen Tradition ins Gesicht schlägt. Sie rückt ebenso unzweideutig von jener Äußerung des Reichskanzlers Dr. Brüning gegenüber einem Vertreter der „Daily Mail“ ab, wonach er von großen internationalen Zusammenkünften nicht viel halte, dafür um so mehr von Besprechungen zwischen Staatsmännern im engsten Kreise. Mag auch dieser Ausspruch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen sein, so war er doch recht unvorsichtig und auch sonst befremdend. Denn über so große außenpolitische Erfahrungen verfügt der gegenwärtige Reichskanzler kaum, daß er sich ein solches weittragendes Urteil gestatten könnte. In Genf ist er unseres Wissens überhaupt noch nicht gewesen. So bleibt diese Äußerung bezeichnend für eine allgemeine Tendenz, vor der man nicht eindringlich genug warnen kann.

Nicht der Völkerbund versagt, sondern die Regierungen, einschließlich der deutschen, die es nicht wagt, einen deutlichen Trennungsstrich nach rechts zu ziehen, dafür immer wieder der nationalistischen Ideologie Konzessionen macht. Die deutschen Nationalisten haben durch ihren Auftrieb vor Jahresfrist den deutschen Kredit im Ausland ruiniert; die Veruche der Reichsregierung, ihnen durch eine sogenannte „Aktivität“ außerhalb von Genf und durch eine kühle Passivität in Genf das Wasser abzugraben, haben die Lage nur verschlimmert. Wenn jetzt die Urheber dieser neuen Isolierung Deutschlands ihre Tinte in die Welt veriprigen mit der Behauptung, daß der Völkerbund versage, mit der Forderung, daß Deutschland aus ihm austrete, und mit der Unterstellung, daß der Generalsekretär Forellen fange, anstatt sich um die deutsche Krise zu kümmern, so ist das nichts weiter als die übliche Taktik der völkerverhehrenden journalistischen Tintenfische.

Preussische Sparmaßnahmen.

Heute Fortsetzung der Kabinettsitzung.

Die gestrige Sitzung des preussischen Staatsministeriums, die sich mit den Sparmaßnahmen auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August zur Sicherung der Haushalte beschäftigte, wurde nach viertelstündiger Dauer abgebrochen und auf Mittwoch, den 2. September, nachmittags, vertagt. Beschlüsse wurden in der Dienstagssitzung nicht gefaßt.

Genosse Hilferding soll nach Meldung eines kommunistischen Standaalblatts „in einem engen Kreis seiner Schüler und Mitarbeiter“ eine Rede gehalten haben, über die das Standaalblatt ausführlich berichtet. Hilferding hat von dieser Rede, die er gehalten haben soll, erst aus dem Standaalblatt erfahren; er hat kein Wort von alledem gesagt! — Gibt es ein Mittel gegen eine solche Art von „Journalismus“?

Boncour soll Senator werden. Der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour hat die ihm angebotene Kandidatur für einen frei gewählten Senatssitz im Departement Tarn, das er bisher in der Kammer vertrat, angenommen.

Reichsbankdiskont 8 Prozent.

Aufhebung der Kreditrestriktionen.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Mittwoch, dem 2. September, den Diskontsatz von 10 auf 8 Proz. und den Lombardsatz von 12 auf 10 Proz. herabgesetzt.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete Reichsbankpräsident Dr. Luther die Senkung der Reichsbankzinsen wie folgt:

Die reibungslose Durchführung des Anfang August wieder aufgenommenen vollen Zahlungs- und Bankverkehrs hatte es der Reichsbank ermöglicht, ihren Diskontsatz vom 12. August ab von 15 auf 10 Proz. und den Lombardsatz in zwei Etappen von 20 Proz. bis auf 12 Proz. zu erniedrigen. Eine weitere Senkung des Diskontsatzes war schon damals in Aussicht genommen für den Fall einer befriedigenden Weiterentwicklung der allgemeinen Lage.

Inzwischen ist eine gewisse Klärung eingetreten, wobei auf die in Basel gepflogenen Verhandlungen über die weitere Befassung der in Deutschland noch vorhandenen Auslandsgelder, deren förmlicher Abschluß freilich noch aussteht, hingewiesen sei.

Der Status der Reichsbank hat sich im Laufe des Monats August im Sinne fortschreitender Entlastung entwickelt.

Die Anlagen der Reichsbank, die am 7. August noch 3840 Millionen betragen hatten, erfuhr bis zum 22. August eine Verringerung um 695 Millionen. Die rückläufige Bewegung setzte sich auch in der letzten Augustwoche zunächst noch fort, erst vom 28. August ab zeigte sich infolge des eingehenden Ultimobedarfs wieder eine Zunahme. Eine etwa gleichartige Bewegung hatte der Notenumlauf aufzuweisen, der seinen niedrigsten Stand am 26. August mit etwa 3956 Millionen Mark erreichte. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten erfuhr bis zum 25. August eine Zunahme auf rund 600 Millionen; erst vom 28. August ab überwogen die Abzüge. Schon heute ist erkennbar, daß die Ultimobelastung der Bank, deren genaue Ziffern im Augenblick noch nicht vorliegen, sich in durchaus gemäßigten Grenzen gehalten hat; insbesondere überschreitet der Notenumlauf mit etwa 4350 Millionen in keiner Weise das übliche Maß. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen wird etwa 39,3 Proz. betragen gegenüber 36,1 Proz. Ende Juli.

Angeichts dieser Gestaltung der Lage glaubt das Reichsbankdirektorium, die für die Wirtschaft noch wie vor außerordentlich drückenden Zinslasten durch eine Senkung des Diskonts auf 8 Proz. und des Lombardsatzes auf 10 Proz. erleichtern zu sollen. Ob und wann weitergehende Erwartungen zu verwirklichen seien, bleibt von der künftigen Entwicklung des Kredit- und Devisenmarktes abhängig.

Der Reichsbankpräsident gab ferner der Versammlung davon Kenntnis, daß die unter dem Zwange der Verhältnisse im Juni angeordneten und im Juli weiter verstärkten

restriktiven Maßnahmen dank der seit der Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs eingetretenen Beruhigung aufgehoben werden konnten.

und daß die Reichsbank bestrebt ist, ihre wiederhergestellte Kreditbereitschaft tunlichst weiten Wirtschaftskreisen zugute kommen zu lassen. Vor einigen Tagen ist zur Bestätigung dieser seit längerer Zeit verfolgten Tendenz ein besonderer Grunderlaß an alle Reichsbankanstalten ergangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß jetzt jeder gute Handelswechsel, der als reichsbankfähig anzuerkennen ist, bei der Reichsbank soll Unterkunft finden können. Außerdem sind Besprechungen mit den Banken usw. aufgenommen, die die Schaffung erweiterter Bewertungsmöglichkeiten für gute Warenwechsel zum Ziele haben.

Von größter Wichtigkeit hierfür ist, daß Handel und Gewerbe durch Bereitstellung eines geeigneten Materials von auf Güterumschlägen basierenden Wechseln ihren Banken die Möglichkeit geben, einen tunlichst großen Teil der gegenwärtig von ihnen bei den Banken in Anspruch genommenen Kontokorrentkredite in Diskontkredite für Handelswechsel umzuwandeln. Damit würde nicht nur eine straffere und gesündere Gestaltung unserer Kreditverhältnisse geschaffen, sondern auch den Banken ermöglicht, ohne wesentliche Verringerung ihres Kreditbestandes, ihre Liquidität zu verbessern und zum Nutzen der deutschen Wirtschaft die von der Reichsbank gebotenen Kreditmöglichkeiten für Warenwechsel besser auszunutzen.

Ablieferungspflicht für Devisen.

Für alle Beträge über 1000 Mark.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Ablieferung der Devisen auf Grund der Verordnung vom 29. August bis zum 5. September 1931 zu erfolgen hat. Hierzu ist jeder verpflichtet, der Devisen im Werte von mehr als 1000 Mark besitzt, und zwar

ausländische Zahlungsmittel (z. B. ausländische Banknoten, Goldmünzen, Schecks, Wechsel usw.),

Forderungen in ausländischer Währung (z. B. sämtliche Bankguthaben in ausländischer Währung bei in- und ausländischen Banken oder sonstige Forderungen in ausländischer Währung, die in den nächsten drei Monaten fällig werden),

ausländische Wertpapiere, sofern sie nach dem 12. Juli 1931 erworben sind, und schließlich

Gold (außer den vorerwähnten ausländischen Goldmünzen) alle außer Kurs gesetzten Goldmünzen, Feingold und legiertes Gold — sowohl Rohgold wie Halbfabrikate, nicht dagegen Schmuckgegenstände).

Die Anmietung und Ablieferung der Devisen hat bei der Reichsbank und allen Devisenbanken zu erfolgen. Vorbrüche brauchen nur in den Fällen ausgefüllt zu werden, wenn jemand beantragt, ihm seine Devisen zu belassen, da er sie zu volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken gebraucht.

Wer seinen Verpflichtungen zur Ablieferung nicht nachkommt, wird streng bestraft. Auskunft erteilen die Reichsbankanstalten und die Devisenbanken.

Landtag erst am 13. Oktober.

Frühere Einberufung abgelehnt.

Die preussischen Regierungsparteien haben am Dienstag im Kabinettsrat des Landtags dessen Einberufung abgelehnt. Hinsichtlich des deutschnationalen Antrags auf sofortige Einberufung gab die Mehrheit des Kabinettsrats der Auffassung Ausdruck, daß die Bestimmungen des Artikels 17 der Preussischen Verfassung sich lediglich auf den Fall beziehen, daß der Landtag geschlossen worden ist, während im vorliegenden Falle nur eine Vertagung erfolgt ist, die der Landtag mit Mehrheit beschloß.

Hinsichtlich des kommunistischen Mißtrauensantrages wurde von den Regierungsparteien der Standpunkt vertreten, daß es allerdings zuträfe, daß über einen solchen Antrag innerhalb 14 Tagen nach seiner Einbringung abgestimmt werden müsse. Als „eingebracht“ könne ein Antrag jedoch erst gelten, wenn ihn der Präsident in dem versammelten Landtag vorgelegt habe. Daher laufe die vierzehntägige Frist erst vom Tage des Wiederzusammentritts, also vom 13. Oktober an. Von den Regierungsparteien wurde erklärt, daß bei einer anderen Auslegung eine kleine Minderheit die Möglichkeit haben würde, den Landtag jede Woche zum Zusammentritt zu zwingen; das könne nicht Sinn der Verfassung sein.

Die deutschnationale Landtagsfraktion ruft den Staatsgerichtshof an.

Die deutschnationale Landtagsfraktion wird, nachdem der Kabinettsrat des Preussischen Landtags eine Zwischentagung abgelehnt hat, nünmehr, wie bereits in Aussicht gestellt war, den Staatsgerichtshof anrufen, damit dieser über die Verpflichtung des Landtagspräsidenten auf Einberufung des Landtags ein Votum abgibt, wenn ein Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium oder einen Minister vorliegt oder wenn die Zusammenberufung des Landtags von einem Fünftel der Zahl der Mitglieder gefordert wird.

Freitag Kabinettsrat.

Entscheidung über Reichstagsinberufung.

Präsident Lohse hat den Kabinettsrat des Reichstags für Freitag nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung einberufen, in der über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags entschieden werden soll.

Deutsches Theater.

Uraufführung von „Kat“.

Ein Schauspiel nach dem amerikanischen Roman von Ernest Hemingway von Karl Zuckmayer und Heinz Hilpert. Eine traurige Liebesgeschichte mit dem düsteren Hintergrund des Weltkrieges. Kein Theaterstück, ein Bilderbuch. Großer Beifall für Gustav Fröhlich, Paul Hörbiger und Käthe Dorsch. Dgt.

Hildegard Wegscheider.

Zu ihrem 60. Geburtstag.

Genossin Hildegard Wegscheider, die heute das 60. Lebensjahr vollendet, gehört zu den Frauen, die schon den Weg zur Sozialdemokratischen Partei gefunden haben, als noch der Glanz des Kaiserturns die bürgerlich-liberalen Kreise an sich zog. Das ganze Risiko, in dem sie aufwuchs, wies sie schon in früher Jugend auf eine selbständige Stellungnahme zu den Problemen des Lebens hin. Vor doch schon der Vater, Lehrer am Grauen Kloster in Berlin, vom Provinzialhulkollektium wegen seiner freimütigen Theologie gemahregelt worden, so daß er diese Stelle verlassen und in Liegnitz in einer freier denkenden Gemeinde Pastor werden mußte. Für sie kam also von vornherein nicht die übliche bloße Töchterchulenausbildung jener Zeit in Frage, sondern eine wirkliche Berufsausbildung. Der einzige Beruf, der für Mädchen aus guter bürgerlicher Familie möglich war, war der der Lehrerin. Zum Abiturium und Studium waren Mädchen noch nicht zugelassen, wenigstens nicht in Deutschland. Aus dieser gesellschaftlichen Situation heraus wurde Genossin Wegscheider eine Vorkämpferin der Frauenrechte. Sie ging nach dem Lehrerinnenexamen zum Studium nach Zürich, wo Richard Avenarius ihr Lehrer und väterlicher Freund wurde. Helene „Frau und der Sozialismus“ bewies ihr, daß der Kampf der Frau nur in den Reihen der Arbeiterklasse geführt werden könne. So trat sie der sozialistischen Studentengruppe bei und lebte nach ihrer Rückkehr in Deutschland Frauenarten, da eine andere Form der Mitgliedschaft noch nicht möglich war. Zunächst galt ihr ganz persönlicher Kampf — in dem sie sich hier noch durchaus mit der bürgerlichen Frauenbewegung in einer Linie befand — dem Recht auf die höchste Bildung, den Zugang zur Universität. Sie wurde die erste Frau, die das Abiturium in Deutschland ablegen durfte, die erste Frau, die in Preußen den Doktor machte. Die Berliner Universität, auch damals keine Führerin im sozialen Fortschritt, verweigerte ihr unter dem Dekanat Treitschkes die Zulassung. Halle, wo Eduard Meyer und Benno Erdmann ihre Lehrer waren, erteilte ihr 1898 den Doktorgrad.

Von da an war die Linie ihres Lebens, waren die Ziele, für die sie nun ein Menschenalter gekämpft hat, eindeutig festgelegt. Sie arbeitete zuerst an den Kursen von Helene Lange, gründete dann eigene Kurse zur Vorbereitung von Mädchen auf die Universität, mußte aber hier die Erfahrung machen, daß die verheiratete und nun gar die schwangere Frau als Lehrerin von der Regierung in Potsdam als unfütlich empfunden wurde! Die Regierung löste 1903 deshalb sogar ihre Kurse auf.

In der Zeit der erzwungenen Ruhe konnte sie sich unmittelbar in der Arbeiterbewegung betätigen, und zwar wiederum auf einem Gebiet, das ihr als Frau besonders nahe lag, in der Bekämpfung der besonders in den Arbeiterfamilien fühlbaren zerstörenden Wirkungen des Alkohols.

Selbst als Studienrätin in Bonn hat sie bei aller Reserve, die ihr geboten war, in der sozialistischen und in der Gewerkschaftsjugend durch Vorträge, besonders über die Geschichte der Revolutionen, gewirkt. So war es selbstverständlich, daß die Partei sie nach der Revolution, zunächst für den Wahlkreis Köln, dann für ihren heimatlichen Kreis Liegnitz in den Landtag schickte.

Dieser reiche äußere Lebenslauf sagt viel über den Menschen. Aber er sagt sicher vielen, vielen Menschen zu wenig, die sich in allen möglichen materiellen und seelischen Nöten an Hildegard Wegscheider gewandt und immer ihre Hilfe erhalten haben. Es wäre nicht in ihrem Sinn, wollte man darüber heute reden. Von ihr gilt wie von ganz wenigen, daß ihr nichts Menschliches fremd bleibt.

Sie plünderte die Armen.

Fünf Jahre Zuchthaus für eine Betrügerin.

Marie Ludwig, die sich am Dienstag vor der Strafkammer des Landgerichts III wegen Rückfallbetrugs in 116 Fällen zu verantworten hatte, ist vielfach, unter anderem mit drei Jahren Zuchthaus, vorbestraft.

Die Angeklagte, die erst vor einiger Zeit aus dem Zuchthaus entlassen worden war, hatte sich, kaum wieder in Freiheit, an alte Frauen herangemacht und ihnen mit großer Geschicklichkeit vorgeplündert, daß sie mit ihnen verwandt sei. Hatte sie auf diese raffinierte Weise das Vertrauen der Alten gewonnen, so ging sie daran, ihnen Geld aus der Tasche zu locken. Natürlich hatte sie ihre Handtasche im Hotel „liegen gelassen“ und hatte nun „dringende Einkäufe“ zu erledigen. Die alten Frauen borgten der plötzlich aufgetauchten Verwandten, die so siebenswürdig und herzlich war, zumal das Geld ja in wenigen Stunden zurückgezahlt werden sollte.

Selbstverständlich verschwand die Hochstaplerin spurlos. Auf diese Weise hat sie mehrere tausend Mark erbeutet. Besonders schamlos aber war ein anderer Trick von ihr. Als Wohlfahrtsbeamte ging sie daran, angeblich irrtümlich gezahlte Unterstufungen wieder „einzufordern“.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte die gemeingefährliche Betrügerin in erster Instanz zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Da die Angeklagte Berufung eingelegt hatte, kam ihre Sache vor die Strafkammer.

Das Berufungsgericht erhöhte das Urteil erster Instanz auf 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und 1000 Mark Geldstrafe. In diesem Falle müsse mit aller Strenge durchgegriffen werden, meinte der Vorsitzende in seiner Begründung.

Helft ihn suchen!

Der Kinderschänder noch immer nicht gefast.

Noch immer wird der Kinderschänder gesucht, der nun schon seit Wochen in der Gegend des Gesundbrunnens sein Unwesen treibt.

Anfang August wurde in der Öffentlichkeit vor einem gefährlichen Menschen gewarnt, der kleine Knaben in jodistischem Nause grausam mißhandelte. Er hatte die Kinder, Jungen im Alter von zehn bis zwölf Jahren, in der Gegend des Gesundbrunnens angesprochen und sie aufgefordert, gegen ein Geldgeschenk ein kleines Paket für ihn zu besorgen. Die ahnungslosen Jungen führten er nach Buch oder Pankow und schlug im Walde mit einem für diesen Zweck abgeknittenen Stock unbarmherzig auf sie ein. Als die Zeitungsnotizen damals erschienen, wagte der Unhold sich drei Tage lang nicht hervor. Am vierten Tage aber begann sein schändliches Treiben von neuem und hat bis jetzt nicht aufgehört.

Die Kriminalbeamten der Dienststelle E. 1 sind tagelang in der Gegend des Gesundbrunnens unterwegs gewesen, um nach dem Kinderschänder zu suchen. Sie fanden ihn nicht, da die Beschreibung der durch die Mißhandlung eingeschüchterten Kinder sehr unzulänglich ist. Bei den letzten Anzeigen, die eingegangen sind, hat sich gezeigt, daß der Kinderschänder noch brutaler als früher zu Werke gegangen ist. Er lockte einen 13 Jahre alten Knaben mit der bekannten Vorspiegelung an sich und schlug das Kind derartig mit den Fäusten, daß ein Auge vollständig zugeschwollen ist und der Junge aus Mund und Nase stark blutete. Es ist unverständlich, daß die sonst so „hellen“ Berliner Jungen immer noch mit Fremden mitgehen. Den Eltern der Kinder kann nur dringend empfohlen werden, die Jungen zu warnen.

Der Unhold soll etwa 30 Jahre alt und 1,70 Meter groß sein.

Er hat schlankte Gestalt, schmales Gesicht, langes, dunkles, nach hinten gekämmtes Haar und trug bisher immer einen grauen Anzug. Geeignete Mitteilungen, die auf seine Person hinweisen, erbittet Kriminalkommissar Strewe bei der Dienststelle E. 1 im Polizeipräsidium.

Doppelte Bigamie.

Eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.

Bigamie in zwei Fällen wurde dem 48jährigen Arbeiter Gustav J. gestern vor dem Schöffengericht Wedding vorgeworfen.

Der Angeklagte hatte im Jahre 1904 in Belgien eine Frau geheiratet, die er einige Jahre später verließ, da die Ehe sehr unglücklich war. Als er sie im Jahre 1911 wieder einmal besuchte, um sich mit ihr auszusprechen, wies sie ihn mit der Bemerkung ab, sie seien bereits geschiedene Leute. Daraufhin heiratete er im Kriege eine andere Frau, die nach siebenjähriger Ehe starb. Nach dem Trauerjahre heiratete er zum dritten Male. Mit dieser Frau lebt er auch heute noch in glücklicher Ehe. Vor einiger Zeit reichte nun seine erste Frau aus unerklärlichen Motiven die Scheidungsklage gegen ihn beim Landgericht III ein, so daß die Behörden dadurch erfuhren, daß J., ohne geschieden zu sein, zweimal geheiratet hatte.

Bei seiner Vernehmung gab er nun an, er habe die Bemerkung seiner ersten Frau, sie seien geschiedene Leute, so aufgefaßt, als ob er tatsächlich gerichtlich geschieden sei. Gegen diese Gutgläubigkeit sprach aber der Umstand, daß er sich auf dem Standesamt bei seiner zweiten Ehe als ledig und bei seiner dritten Ehe als verheiratet bezeichnet hatte. Seine erste Frau verweigerte eigenartigerweise ihre Zeugenaussagen. Ein Freund von ihr bestätigte dem Angeklagten, daß sie auch ihm gegenüber in früheren Jahren angegeben habe, daß sie geschieden seien.

Das Gericht verurteilte J. wegen Bigamie in zwei Fällen zu acht Monaten Gefängnis und bewilligte ihm mit Rücksicht auf seine sonstige gute Führung eine Bewährungsfrist.

Das große Los in Berlin S.

Bei der Preussisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie wurde am Dienstagmorgen das große Los gezogen. Der 500 000-Mark-Gewinn entfällt auf die Besitzer des Loses 281 050. In der ersten Abteilung wird das Los in Bieteln in Berlin S. gespielt, in der zweiten Abteilung in Ahteln in Freiburg.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, den 2. Sept., 19/11 Uhr, im großen Saal der Kammersäle, Tellower Straße, U-Bahnhof Belle-Alliance-Straße

Kundgebung

„Gegen Völkerverhaß und Völkerverheißung, für Verständigung mit Frankreich und der Welt“

Es sprechen:

Marcel Brun-Frankreich, Dr. H. Löwenstein-Berlin

Lionel Elvin-England (Dozent a. d. Universität Cambridge)

Mitwirkung: Streichorchester der Sozialistischen Arbeiterjugend und „Rote Rebellen“

Zeppelin vor Pernambuco.

Ankunft verspätet. — Leichte Beschädigung am Heck.

Pernambuco, 1. September.

Nach den letzten Funkmeldungen ist das Heck des „Graf Zeppelin“ in den schweren Regengüssen leicht beschädigt worden. Das Luftschiff nähert sich mit herabgeminderter Geschwindigkeit Pernambuco.

Dr. Eckener hat der Funkstation Olinda durch Funkpruch mitgeteilt, daß das Luftschiff im südantarktischen Ozean auf Gegenwinde gestoßen sei. „Graf Zeppelin“ könne daher nicht vor dem frühen Nachmittag in Pernambuco eintreffen.

Sturm und Regen zwangen das Luftschiff, verschiedene kleine Kursänderungen vorzunehmen, und die Geschwindigkeit zu verlangsamen.

In Pernambuco gelandet.

Pernambuco, 1. September.

Um 21 Uhr 26 MEZ ist „Graf Zeppelin“ unter dem Jubel einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge in Pernambuco gelandet.

Raubüberfall auf Postbeamten.

Räuber mit der Beute entkommen.

Röbel (Mecklenburg-Schwerin), 1. September.

Der Poststelleninhaber Janzen wurde heute auf einer Dienstreise im Walde bei Rehow von zwei Männern überfallen, vom Rade gerissen und unter Bedrohung mit Revolvern des Bargeldes beraubt. Den Räubern fielen rund 1500 Mark in die Hände, mit denen sie unerkannt entkamen. Die Gendarmerie hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Raubüberfall war planmäßig vorbereitet. Es erwies sich, daß die Fernspreitleitung nach dem Fortschiff durchschnitten worden ist.

Ein Pahvergehen mit seltsamem Hintergrund.

Vor dem Schnellgericht beim Amtsgericht Mitte stand gestern ein Pahvergehen zur Aburteilung, dessen Begleitumstände stark an Mädchenhandel erinnerten. Angeklagt war eine 19jährige Polin, die ohne Paß nach Deutschland gekommen war und aus diesem Grunde vom Polnischen Konsulat in Berlin, an das sie sich gewandt hatte, der Strafbehörde zugeführt worden war. Die Polin, ein auffallend hübsches Mädchen, das der deutschen Sprache nicht mächtig ist, hatte in der vergangenen Woche in ihrer Heimatstadt Posen eine Frau kennengelernt, die sich als deutsche Staatsbürgerin ausgab und dort angeblich ihren Urlaub verbrachte. Sie schilderte der jungen Polin die Verdienstmöglichkeiten in Deutschland in so leuchtenden Farben, daß diese sich sofort bereit erklärte, mit nach Deutschland zu kommen. Nachts überschritten beide die Grenze, um der Paßkontrolle zu entgehen. Für familiäre Reisekosten und den Berliner Aufenthalt sorgte die neue Bekanntschaft. Die Polin in Berlin in einem Hotel einmietete und mit ihr schon am ersten Abend ein Restaurant aufsuchte. Das Mädchen wurde durch den Umstand stuhig, daß sich dort sofort sehr viele Herren um sie bemühten, und sie lief in einem günstigen Augenblick auf die Straße und begab sich zum Polnischen Konsulat, das es der Polizei zuführte. Das Schnellgericht, das auf diese merkwürdigen Begleitumstände nicht weiter einging, verurteilte die Angeklagte zu drei Tagen Haft.

Ueber die englische Krise spricht Donnerstag, 3. September, 20.30 Uhr, auf Veranlassung der Liga der Reichsdeutschen im ehemaligen Herrenhaus Abgeordneter H. E. E. Brodway - London, Vorsitzender der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei. Aufsehenbeitrag.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

„Ein junges Mädchen ist wie ein Seidenfädchen“, doziert Frau Fanny Telles. Sie ist sich selbst nicht über diesen Vergleich Nar. Die Weisheit stammt von ihrem seligen Mann, dem Regierungsrat Reginald Telles, und ist deshalb über jeden Zweifel erhaben. „Rein Mann pflegt auch immer zu sagen: ein junges Mädchen ist wie ein reines Handtuch, jeder wischt sich daran die Hände ab“, fährt sie fort und grübelt nach, welche Haushaltungsgegenstände sich außerdem mit einem jungen Mädchen in Beziehung bringen lassen.

Frau Aurelie Damme verfinzt in einem Sessel, der unter ihrer Last ächzt. „Ein hübscher Junge, der Gert!“ Ihre Blide streicheln den schlanken, jungen Mann, der Noras Handlinien untersucht, um daraus einen Charakter zu konstruieren. Harry flüstert ihm grinsend etwas ins Ohr, und Gert lacht auf.

„Was hat er gesagt?“ will Nora wissen. Sie fragt in dem Ton eines Kindes, das sofort weinen wird.

„Daß Sie eine glückliche Hand haben, gnädiges Fräulein“, beeilt sich Gert zu versichern.

Nora sieht mißtrauisch von einem zum anderen. „Pfui!“ sagt sie tolett.

Fränze bittet zu Tisch.

Harry bietet Nora den Arm, und Gert schließt sich nach einigem Zögern an. Wenn die langweilige Fütterung schon vorbei wäre. Appetit habe ich auch nicht mal, denkt er. Die Mama herkömmt, weil ich neben Nora Marx sitze. Vielleicht beachtlich sie, eine Heirat einzufädeln. Gleich nach dem Essen drücke ich mich. Zur Not muß mir Harry helfen. Ich werde Harry überhaupt auf alle Fälle noch anpumpen. Will kriegt zehn Mark von mir. Wenn Lili vor der Tür warten muß, wird sie böse. Aber ich werde schon zur Zeit kommen.

„Bitte!“ Er reicht Nora einen silbergeschnittenen Korb mit Brötchen zur Brähe. Warum mich die dicke Konsulfräulein so angloht, möchte ich gern erfahren. Aurelie heißt sie auch noch. Sie kann ruhig Gift darauf nehmen, ich werde es nicht mit ihr treiben. Gert ist es bekannt, daß er hübsch ist und die

Frauen auf ihn fliegen, besonderes Damen, die sich dem kritischen Alter nähern. Wahr bleibt es nun einmal: ich gefalle. Schließlich bin ich nicht für meine braunen, melancholischen Augen und für meinen schönen Mund verantwortlich zu machen. Mama sitzt so streng da wie ein Polizist. Was sie hier eigentlich will? Sie mit ihren 400 Mark Pension unter den reichen Weibern! Auch ein Vergnügen, ständig als Popel an anderer Leute Tisch zu sitzen.

„So verträumt?“ fragt Nora hoch lächelnd.

„Sie irren sich, ich gebe mich ganz dem Fisch hin“, antwortet Gert absehnend. Das hat mir zu meinem Glück gefehlt. Das Schaf möchte unterhalten werden. Hat sie an Harry nicht genug?

Nora zupft Harry am Ärmel. „Wollen Sie mir nichts zu trinken geben?“

„Pardon!“ Harry ergreift die Rheinweinflasche. „Daß mir das ausgerechnet passieren muß!“ Er bemerkt die giftigen Blicke, die von Frau Regierungsrat Telles zu ihm und Nora herüberfliegen. Die Mutter seines Freundes Gert zu ärgern, bereitet ihm stets ein herzerfrischendes Vergnügen. „Trinken wir es“, fordert er auf und ist sicher, daß dieses Treiben von der korrekten Regierungsrätin als sträglich bezeichnet wird. Er legt seinen Arm auf Noras Stuhllehne und spricht mit unwiderstehlichem Lächeln auf sie ein.

Nora ist begeistert.

„Sie sollten sich immer in die Farbe der Unschuld kleiden, sie steht Ihrem schwarzen Haar so niedlich. Trinken wir darauf!“ animiert Harry, der bereits am Nachmittag die üblichen Kognaks und Tafelbiere eingenommen hat.

„Es ist ja auch ein Symbol!“ In Noras Stimme klingt Bedauern. „Hören Sie mal, Herr Doktor, wollen Sie nicht in den nächsten Tagen bei mir den Tee einnehmen? Ich bin viel allein und mit Ihnen plaudert es sich so scharmant.“

„Sie sind zu liebenswürdig“, ahmt Harry Noras gepiktes Schnäuzchen nach. „Ach komme“, verspricht er, „aber nur, wenn Ihr Papa nicht anwesend ist.“

„Ich bin nachmittags stets allein.“ Gott, welch ein entzückender Mensch freut sie sich und sieht Harry begehrend an.

Das Essen nähert sich dem Ende. Sehr spät fällt es Dr. Aronius ein, daß eine Rede gut am Platze wäre, und er spricht schöne Worte über den Sieg der deutschen Gefangenen, wobei er den detonierenden Lannhäuser völlig vergessen hat. Nach dem „hoch“ dankt Manfred, der virtuos tiefe Rührung zu mimieren versteht. Es herrscht eitel Freude, wenigstens auf allen Gesichtern.

Fränze geht in das Schlafzimmer. Sie will sich ein paar Minuten im dunkeln auf den Divan legen. Die Ruhe tut ihren Nerven wohl. King begrüßt sie mit einem gut gemeinten Lecken über ihre Hände und schmiegt seinen maffigen Kopf an ihr Kleid. Es hat sich als ratsam erwiesen, King während einer Abendgesellschaft hier im abgelegenen Schlafzimmer unterzubringen, nachdem die Dogge einmal einem lieben Gast bedrohlich zu nahegetreten war. Gäste sind nicht Büroangestellte. Man muß auf ihr Gemütsleben Rücksicht nehmen. Fränze legt ein mit köllnisch Wasser getränktes Taschentuch auf die Stirn. So ist es gut. Ihre Lattit bewährt sich stets, und es fällt nicht auf, wenn die Hausfrau kurze Zeit abwesend ist.

Nichts denken! Nur still daliegen. Aber es geht nicht. Die Gesichter der Anwesenden tauchen vor ihr auf und bilden sonderbare Verzerrungen. Warum ist Fanny Telles so giftig-geschwollen? Man könnte Angst vor ihr bekommen. Einen netten Sohn hat sie. Der Gert ist schon dreiundzwanzig. Fränze rechnet nach. Ihr Kind müßte jetzt sieben Jahre sein, wenn alles gut verlaufen wäre. Sinnlos, das Alter eines Ungeborenen nachzurechnen. Auch andere Leute haben keine Kinder.

Es klappte heute wie am Schnürchen. Warmes Essen macht sich besser als kaltes Büfett. Da sieht nachher alles unappetitlich aus. Repräsentieren kann sie. Und dazu der berühmte Bruder! Die Leute werden von diesem Abend sprechen, und die nicht dabei waren, pläzern vor Aerger. Sie steht auf und schaltet das Licht an der Frisiertoilette ein. Es ist alles in Ordnung. Die dicke Aurelia Damme glänzt schon wieder speckig über der Nase. Man müßte ihr sagen, sie solle sich pudern. Doch dann nimmt sie es am Ende übel. Also mag sie glänzen.

Zögernd ergreift Fränze einen Band Goethe, der auf dem Tisch vor dem Divan liegt. Sie schlägt ihn auf, sucht eine bestimmte Stelle und findet sie, ohne lange zu blättern. „Wenn man sich jetzt darin vertiefen könnte“, murmelte sie. „Es ist das einzige Glück, das ohne Reu.“ Fränze hält oft kleine Selbstgespräche. Sie bleibt viel allein, und in Stunden, die mit Schmerzen angefüllt sind, versteht die eigene Stimme manchmal Trost. Sie liebt jetzt halblaut vor sich hin, trotzdem sie die Verse auswendig kennt:

„Und an dem Ufer sit' ich lange Tage,
Das Land der Griechen mit der Seele suchend...“

(Fortsetzung folgt.)

Schiele bei der Arbeit.

Einzelheiten zu den neuen Agrarsubventionen. — Fürs Volk nur Lasten.

Ueber den Umfang der Maßnahmen zur Erntefinanzierung wird jetzt vom Deutschen Landwirtschaftsrat Genaueres verbreitet. Leider werden die Karten immer noch nicht voll aufgedeckt, so daß namentlich über die Kosten der Zinssubventionen keine ausreichende Klarheit besteht. Immerhin ist ein

Ueberblick über die Organisation der Erntefinanzierung möglich. Von der Reichsbank werden, um dem Getreidehandel, den Mühlen und dem anderen Getreide verarbeitenden Gewerbe die Möglichkeit zu geben, trotz der bestehenden Kreditwierigkeiten der Landwirtschaft Getreide abzulassen, Wechsel in Höhe von 150 Millionen Mark redistriktiert werden. Darüber hinaus ist noch der Getreideindustrie- und Kommissions-A.-G. für Getreideeinkäufe ein Rediskontkredit von 50 Millionen eröffnet. Die Garantie für die Einlösung dieser Wechsel soll, wie wir hören, das Reich übernehmen, wobei jedoch die Frage noch nicht ganz geklärt sein dürfte, auf welcher gesetzlichen Grundlage diese Garantieübernahme erfolgt. Gleichzeitlich wird, um die Landwirte von Schwierigkeiten bei der Einlösung ihrer Wechselverbindlichkeiten ganz zu entlasten, die Reichsbank alle landwirtschaftlichen Wechsel, die infolge des Standes der Ernte noch nicht eingelöst werden können, verlängern. Der Umfang dieser Wechselschuld, die verlängert werden soll, wird auf 300 Millionen Mark geschätzt.

Hierbei sind natürlich

Schiebungen Tür und Tor geöffnet.

Es ist gar nicht zu kontrollieren, ob ein Landwirt seine Wechsel deswegen nicht einlöst, weil er infolge schlechten Wetters sein Getreide noch nicht einfahren und dreschen konnte, oder ob er zahlungsunwillig ist. Weiterhin können, um den Landwirten einen allmählichen Verkauf ihrer Ernteerträge zu ermöglichen, Verträge, die über künftige Getreidelieferungen abgeschlossen sind, durch die Getreideindustrie- und Kommissions-A.-G. bis zu 50 Millionen bevorschusst werden. Zur weiteren Getreidepreisstützung ist die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft durch Rotorordnung in den Stand gesetzt,

Getreide gegen übertragbare Lagercheine einzulagern.

Die Durchführungsbestimmungen sind jetzt erlassen worden. Die Landwirtschaft braucht ihr Getreide jetzt nicht mehr sofort, wenn sie Geld benötigt, zu verkaufen. Vielmehr kann sie das Getreide bei der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft (DGH), die sich für die Einlagerung aller vorhandenen Lagermöglichkeiten bei den Genossenschaften, Mühlen und gewerblichen Lagerhaltern bedient, in Einzellagerung geben oder auf Sammlerlager legen. Im letzteren Fall kann natürlich nur Getreide der gleichen Art und Güte zusammen gelagert werden. Es sind deshalb in den Durchführungsbestimmungen für die verschiedenen Getreidearten Handelsklassen gebildet worden.

Mit Hilfe der Lagercheine, die der einlagernde Landwirt erhält, können nun Kredite beschafft werden, und zwar bezieht die Reichsbank die Lagercheine bis zu 50 Prozent ihres Wertes. Darüber hinaus können die Lagercheine aber auch noch von Privatbanken beliehen werden.

Zwei Wege sind nun bei der Beleihung möglich. Lagert der Landwirt auf den Lagern der DGH, so kann er den Lagerchein bei seiner zuständigen Reichsbankstelle unmittelbar beliehen lassen. Sofern Handel, Mühlen oder Genossenschaften einlagern, werden die Wechsel von einem zu diesem Zweck unter Führung der Rentenbankkreditanstalt gebildeten Bankenkonsortium unter Rückhalt bei der Reichsbank diskontiert.

Europäisches Zinkkartell.

Zur Produktionseinschränkung auf 45 Prozent!

Nach langwierigen Verhandlungen haben im Juli die hauptsächlichsten europäischen Zinkgesellschaften sich über die Gründung eines Kartells geeinigt. Am 18. August wurde auf einer Besprechung der Kartellmitglieder in Paris festgestellt, daß die Kartellabmachung ab 1. August in Wirksamkeit getreten ist. Zweck des Kartells, das an Stelle des im Jahre 1929 aufgelösten Zinkpaktats tritt, ist hauptsächlich eine starke Einschränkung der Erzeugung auf 45 Proz. einer Normalproduktion, die entsprechend der Erzeugung der letzten Jahre den Abmachungen zugrunde gelegt worden ist. Preisabmachungen und Absatzvereinbarungen sind nicht getroffen worden, doch genügt natürlich die Durchführung einer so umfangreichen Produktionsbeschränkung, um den Zinkpreis in die Höhe zu treiben.

An der Spitze des Kartells steht der belgische Konzern Vieille Montagne, der bereits vor Abschluß des Kartellvertrages den Beschluß gefaßt hatte, seine Zinkproduktion von 130 000 auf 92 000 Tonnen zu droffen. Andere wichtige Mitglieder des Kartells sind in Deutschland die Metallgesellschaft und die Firma Georg von Giesecke Erben, in Polen die polnische Giesche-Gesellschaft und die jetzt mit französischem Kapital arbeitende Schiefische A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Ferner sind Kartellabmachungen getroffen worden mit einigen wichtigen außereuropäischen Gesellschaften, insbesondere mit der American Smelting and Refining Co., die in den Vereinigten Staaten und in Mexiko arbeitet, in Kanada mit der Consolidated Mining Smelting Co. und einer großen australischen Gesellschaft.

Die Bedeutung des Zinkkartells und der beabsichtigten Produktionsbeschränkung für die industriellen Produkte ist außerordentlich groß. Zink gehört zu denjenigen Metallen, deren Bedeutung gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich zugenommen hat. Im letzten Vorkriegsjahr wurden 1,14 Millionen Tonnen Rohzink gefördert, im Durchschnitt der letzten Jahre dagegen 1,5 bis 1,6 Millionen Tonnen. Der Zinkverbrauch der Welt stieg von 1913 bis 1929 um etwa 40 Proz. An der Spitze der Rohzink fördernden Länder stehen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von rund zwei Fünfteln. Sie verbrauchen jedoch den größten Teil des Zinks selbst und kommen daher für internationale Abmachungen nur wenig in Frage. Andere bedeutende Zinkgebiete sind Mexiko (10 Proz. der Weltproduktion), Polen (etwa 8 Proz.), Australien (11—12 Proz.) und Deutschland (7 Proz.).

Die Schaffung eines Lagerscheinsystems ist an und für sich eine begrüßenswerte Stützung, da nunmehr der Landwirtschaft selbst der Zeitpunkt des Verkaufs ihrer Ernte überlassen bleibt.

Schärfsten Widerspruch fordert aber die Zinssubvention des Reiches für die Lombardierungskredite heraus.

Denn ebenso wie die anfangs erwähnten Erntebewegungskredite werden für die Einlagerungskredite vom Reich die Zinsen auf 4 Prozent verbilligt. Dadurch wird nicht nur die Landwirtschaft gegenüber der gesamten anderen Wirtschaft bevorzugt, für die ein Diskontsatz von 8 Prozent und ein Lombardsatz von 10 Prozent Geltung hat, sondern sie kann auch mit Hilfe dieser Zinsverbilligung ihre Ernte künstlich zurückhalten und damit Preissteigerungen hervorrufen. Außerdem wird hierdurch der Landwirtschaft ermöglicht, einen Teil ihrer sonstigen Schulden, für die sie hohe Zinsen bezahlen muß, abzustößen und dafür auf Kosten der Reichskasse in großem Umfang zinsverbilligte Lombardierungskredite aufzunehmen.

Wieviel das Reich an Zinssubventionen auszugeben hat, ist noch gar nicht abzusehen, da der Umfang der einzulagernden Getreidebestände noch unbekannt ist. Die Reichsregierung hat hierüber Auskunft zu geben, besonders auch, woher die Mittel für diese Verbilligung genommen werden sollen.

Die Getreide bauenden Landagrarier werden durch diese Aktion natürlich auch wieder einmal bevorzugt. Die Folge ist, daß von den anderen Zweigen der Landwirtschaft, Biehwirtschaft, Wein- und Obstbau jetzt die gleichen Subventionen verlangt werden, und man kann es diesen Gruppen auch nicht verdenken, wenn sie nicht schlechter als die Großagrarier behandelt werden wollen. Die Bevorzugung des Getreidebauers haben sie bisher nicht bekämpft, weil sie hoffen, ebenfalls aus dem für die Landwirtschaft stets unergründlichen Reichstaschel gespeist zu werden. Herr Schiele ist auch schon dabei, die Erntefinanzierung von anderen Agrarerzeugnissen vorzubereiten.

Wie eine Schraube ohne Ende baut Herr Schiele also eine Subvention auf die andere.

Auflärung über die finanzielle Deckung dieser Subventionen ist deshalb um so dringender, als der Verbraucher als Käufer wie als Steuerzahler von Herrn Schiele hier immer wieder zum Karmel gemacht wird.

Alle diese Maßnahmen scheinen aber noch nicht zu genügen, denn es wird geplant, daß die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft 300 000 Tonnen Getreide aus dem Markt nehmen und magazinieren soll. Angeblich soll das anders geschehen als die Roggenstützung im vorigen Jahr, so daß Verluste für das Reich nicht entstehen sollen. Vorläufig können wir aber noch keinen großen Unterschied zwischen der vorjährigen und der geplanten diesjährigen Stützungsmethoden sehen. In beiden Fällen handelt es sich um Einsparung von sonst auf den Markt gelangenden Getreidemengen, die Kapital und Zinsen kostet, für die das Reich irgendwie in Vorlage treten muß.

Die Agrarier haben allen Anlaß, mit Herrn Schiele zufrieden zu sein. Herr Schiele ist ein tüchtiger Minister für die Ernährung der Landwirtschaft, wenn er auch den Bauern bisher zugunsten der Großagrarier noch manche Nase drehen mußte. Das arbeitende Volk, dem ein „Reichsernährungsminister“ in erster Linie zu dienen verpflichtet wäre, bräuel Herr Schiele nach Strich und Faden aus. Wenn das so weitergeht, wird man Herrn Brüning bald fragen müssen, ob er nicht doch endlich Volksinteressen über Agrarierinteressen stellen will, die nationale Selbsthilfe des Herrn Schiele ist längst zu kostspielig für das Reich.

Die Hüttenproduktion ist anders verteilt als die Förderung von Zink. In der Verhüttung ist Belgien mit einem Anteil von etwa 15 Proz. nach den Vereinigten Staaten das wichtigste Land. Europa ist an der Zinkförderung der Welt mit etwa einem Viertel, an der Verhüttung der Zinkmenge dagegen etwa zur Hälfte beteiligt. Sollten tatsächlich die Zinkförderung und die Verhüttung um mehr als die Hälfte eingeschränkt werden, so würde damit die Produktion erheblich unter den Vorkriegsstand zurückfallen.

Durch die beabsichtigte Drosselung der Produktion wird ein großer Teil der Zinkanlagen, die in fast allen wichtigen Ländern in den letzten Jahren stark ausgebaut worden sind, wertlos werden. Dieser Ausbau wurde vor allem durch die Verwendung von Elektrizität zur Zinkgewinnung (Zinkelektrolyse) hervorgerufen. Diese technische Ummwälzung hat dazu geführt, daß die Zinkverhüttung nicht mehr wie früher an Orten billiger Zinkerze oder billiger Kohle stattfindet, sondern mehr und mehr zu Gebieten billiger Elektrizitätserzeugung abwandert.

Elektrizität als Konjunkturbarometer.

In Deutschland ist, wie wir berichteten, auch im Juni die Elektrizitätserzeugung der öffentlichen Werke weiterhin zurückgegangen. Im ersten Halbjahr betrug die Erzeugung der statistisch erfaßten 122 Werke nur noch 7,16 Milliarden Kilowattstunden, während es im vergangenen Jahr, wo die Krise bereits einsetzte, noch 8,13 Milliarden waren. Der Produktionsrückgang betrug innerhalb Jahresfrist 11,9 Proz.

In den Vereinigten Staaten ist der Rückgang der Elektrizitätserzeugung wesentlich geringer. In den ersten 7 Monaten wurden nach Angaben einer Reihe großer Gesellschaften, auf die etwa 70 Proz. der Elektrizitätsproduktion der Vereinigten Staaten entfallen, 49,66 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, das sind 3,8 Proz. weniger als in den ersten 7 Monaten des Jahres 1930.

Noch anders sind die englischen Ziffern. Hier wurden von den öffentlichen Elektrizitätswerten im ersten Halbjahr 1930 6,21 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, im ersten Halbjahr 1931 dagegen 6,42 Milliarden oder 3,4 Proz. mehr. Die Zunahme der englischen Elektrizitätserzeugung erklärt sich daraus, daß bisher in England die Industrie in geringerem Umfang auf Verwendung elektrischer Energie umgestellt war als in Deutschland und Amerika, so daß jetzt mit der fortschreitenden Elektrifizierung der Industrie der Stromverbrauch trotz der Krise noch gestiegen ist.

Lebenshaltung im August.

Leichter Rückgang des Index.

Die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats August auf 134,9 gegenüber 137,4 im Vormonat.

An dem Rückgang ist hauptsächlich die Bedarfsgruppe Ernährung beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indizes für Ernährung um 3,3 Proz. auf 126,1, für Bekleidung um 1,0 Proz. auf 137,5 und für „Sonstigen Bedarf“ um 0,2 Proz. auf 184,0. Die Indizes für Heizung und Beleuchtung ist mit 146,1 nahezu unverändert geblieben; die Indizes für Wohnung hat sich nicht geändert. In der Indizes für Ernährung wirkten sich besonders die starken Preisrückgänge für Kartoffeln und Gemüse aus, die durch leichte Preisrückgänge hauptsächlich für Schweinefleisch, Speck, Milch, Butter und Eier nur zum Teil ausgeglichen wurden.

Bankhaus Lehmann-Halle verschwindet

Gerichtliches Vergleichsverfahren beantragt.

Die Versuche, das in Schwierigkeiten geratene Bankhaus H. F. Lehmann, Halle, mit öffentlicher oder privater Hilfe wieder flott zu machen, sind gescheitert. Die Firma soll nun doch aufgelöst werden; das gerichtliche Vergleichsverfahren ist beantragt.

Die Geschäftsleitung teilt in einem Rundschreiben an die Gläubiger mit, daß seit anderthalb Jahren etwa 6 Millionen Mark Guthaben abgezogen worden sind, davon ein Viertel, also 1,5 Millionen Mark, seit dem 13. Juli. Die Bilanz vom 22. August ist mit einer Summe von 12,3 Millionen Mark auf einer Seite ausgeglichen. Unter den Aktiven sind Forderungen nach einer Abschreibung von 10 Proz. mit 5,8 Millionen Mark aufgeführt. Sehr groß ist der Besitz an Wertpapieren, der nach den Kursen vom 11. Juli mit 2,4 Millionen Mark ausgewiesen wird. Grundbesitz ist mit ebenfalls 2,4 Millionen Mark eingeseht worden. Unter den Passiven erscheinen Kreditoren mit 7,6 Millionen Mark; davon sind nicht weniger als 4,5 Millionen Mark innerhalb sieben Tagen fällig, weitere 2,7 Millionen Mark innerhalb drei Monaten. Das eigene Kapital beträgt 2,3 Millionen Mark.

Bei den Forderungen und bei den Wertpapieren sind weitere Ausfälle zu erwarten.

Die Sparkassen Ende Juli.

Die Einlagen bei allen deutschen Sparkassen sind von 11 074 Millionen Mark Ende Juni auf 10 806 Millionen Mark Ende Juli zurückgegangen. Die Abnahme im Juli machte 267,6 Millionen Mark oder 2,4 Prozent des Bestandes zu Anfang des Monats aus; im Juni hatte die Abnahme 152 Millionen Mark betragen. Die Auszahlungen sind von 682 Millionen Mark auf 702 Millionen Mark im Juli gestiegen, die Einzahlungen sind von 530 auf 435 Millionen Mark gesunken. Trotz der Vertrauenskrise sind also erhebliche Einzahlungen vorgenommen worden. Man muß aber beachten, daß in der zweiten Hälfte des Berichtsmontats der Zahlungsverkehr durch die Bankfeiertage stark eingeschränkt war.

Hoher Umsatz bei Leonhard Tieß.

Wie die Leonhard Tieß A.-G. in Köln mitteilt, betrug der Umsatz der Warenhäuser im ersten Geschäftshalbjahr, vom 1. Februar bis 31. Juli 1931, rund 91 Millionen gegenüber rund 100 Millionen Mark im Vorjahre. Der Umsatz bei Tieß ist also wertmäßig nur um 9 Proz. zurückgegangen, was ausschließlich von den Preisfestlegungen bei den Warenhäusern beeinflusst ist. Da nach den Feststellungen des Konjunkturinstituts der Preisabbau im Einzelhandel und bei den Warenhäusern im ersten Quartal dieses Jahres 10 Proz. ausmachte, ein Satz, der auch der Entwicklung im zweiten Quartal mindestens entsprechen dürfte, so ist der Mengenumsatz bei Tieß in der Berichtszeit sogar noch gestiegen.

Die Tochtergesellschaft, Ehepaar A.-G. für Einheitspreise, hat in dem am 31. Juli 1931 abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von rund 71 Millionen Mark erzielt gegen 60 Millionen Mark im Vorjahre.

Umsahrrückgang bei Mannesmann. Der Umsatz der Mannesmannröhren-Werke, Düsseldorf, hat sich im 1. Halbjahr 1931 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in Kohle um 18 Prozent, in Blechen um 31 Prozent und in Röhren um 20 Prozent gesenkt. Wertmäßig ist der Gesamtumsatz um 27 Prozent zurückgegangen. Seit dem 1. Juli ist eine weitere Verschlechterung in der Beschäftigung eingetreten.

Brandschäden bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten. Im ersten Halbjahr 1931 haben die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten (Brandversicherungsanstalten, Sozietäten, Brandkassen) für 40 477 Brandschäden 48,2 Mill. Mark ausbezahlt. Die Zahl der Brandschäden war in den Monaten April bis Juni niedriger als in den ersten drei Monaten, aber die Schadenssumme war höher, so daß sich die Höhe des Schadens im Einzelfall in den letzten Monaten erhöht hat.

Verfälschungsbetrieb in privater Hand führt zu gewaltiger Korruption. Das kanadische Parlament wurde kürzlich mit einem großen Korruptionsfall beschäftigt. Es handelt sich um ein Unternehmen, das in Kanada große Wasserkrafts ausbeutet, um das sog. Beauharnois-Unternehmen. Die Untersuchung ergab, daß die Leiter dieser Gesellschaft das Unternehmen durch geschickte Finanzierungsmaßnahmen, Gründung von Dachgesellschaften und Verschachtelungen fast ohne Kapital geführt und dabei doch neben hohen Börsengewinnen gewaltige Geschäftsgewinne erzielten. In kurzer Zeit erreichte die von der Gesellschaft erzielten Profite 12 bis 19 Millionen Dollar. Im Laufe der Untersuchung wurden die gewaltigen Einkünfte einzelner Aufsichtsratsmitglieder und die Bestechungsgelder an einflussreiche Politiker zwecks Ermirung von Konzessionen bloßgestellt. Die Leiter des Unternehmens zahlten außerdem große Summen in die Parteikassen der beiden politischen Parteien, der Liberalen und der Konservativen. Alle diese Zuwendungen gingen auf Kosten der Verbraucher, deren Stromverbrauch verteuert wurde. Die Ergebnisse der Untersuchung ergaben die volle Berechtigung des Vorschlags der Arbeiterpartei Kanadas zur Verstaatlichung des Unternehmens. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß Verfälschungsbetrieb in der privaten Wirtschaft nicht ausgeliefert werden dürfen.

Richard Gerlach: Mönwenland

Beobachtungen im Vogelschutzgebiet Hiddensee

Hiddensee ist die vogelreichste Insel der deutschen Ostsee. In vier ausgedehnten Schutzgebieten haben die Meerovogel eine Freistätte gefunden. Die Zahl der brütenden Möwen und Seeschwalben geht in die Tausende. Besonders die Südspitze der Insel, der Geßen, ist so entlegen, daß die Vögel hier völlig ungestört leben. Alt-Bessin am Nordzipfel der Insel ist durch ein Gestrüpp von wilden Rosen, Brennnesseln und Holunder und durch Schilfsümpfe undurchdringlich. Zwischen Witte und Neuendorf liegt ein kleineres Schutzgebiet in der Heide. Die größte Vogelzahl in beschränktem Raum findet sich aber auf der Fährinsel im stillen Wasser des Boddens, wo es nach Kügen geht. Auf dieser nach allen Seiten übersehbaren Insel, die von Hiddensee durch eine schmale, seichte Wasserstraße getrennt ist, stehen nur die beiden Häuser der Fährleute. Im Sommer kommt ein Vogelwärter vom Straßunder Ornithologischen Verein hinzu, außerdem noch hier und da ein Badegast oder Naturfreund. Die Insel soll nur in Begleitung des Vogelwärters durchstreift werden. Es bedurfte einer besonderen Redeleistung, bis ich den dieses Jahr dienstituenden Herrn überzeugen konnte, daß ich weder Eier mitnehmen noch aus Versehen zertreten würde; vor einigen Jahren hat ein allzu sammelleidiger Gelehrter für seine Eierjagd am Geßenmünder einige Gelege der seltenen Säbelschnäbler ausgeräubert, und dieses Vorkommnis hat die Straßunder Ornithologen mißtrauisch gemacht. Ich erhielt schließlich aber doch die Erlaubnis, allein loszugehen.

Sobald man nur einige Schritte in die Wiese hinein tut, schallt es schon rings von Vogelrufen. Aukerndel und Kiebitz erheben sich, Kotschental schießen flötend auf, von den Singvögeln sind die Fiedlerchen, die Stare, die Rauchschwalben, die Wispenpieper und Dorngrasmücke überall munter, im Röhricht flattert ein Rohrammer.

Je näher ich dem eigentlichen Brutgebiet komme, um so mehr Vögel steigen schreiend in die Luft, Rufe schwirren und knirschen herab, Möwen und Seeschwalben gleiten aufgeregt über mir.

Ich habe den Blick am Boden. Hier urten wimmelt es von Eiern und jungen Vögeln. In die Steine gedrückt liegt das Zwergseeschwalbenküken, ein weiches schwarzgepunktetes Federbälchen mit rosigen Schnabel. Ich nehme es in die Hand, es ist ganz warm; es strampelt ein wenig, aber nicht viel. Doch will ich es nicht ängstigen, ich lege es gleich in seine Vertiefung zwischen den Steinen zurück.

Ein Stückchen weiter gehe ich, da stoßen plötzlich die Sturmmöwen besonders böse auf mich herab. Vor mir liegt eine halb erwachsene Sturmmöwe, fast wäre ich darüber gestolpert. Sie preßt den Kopf in die Steine und beobachtet mich mit ihren schwarzen, zuckenden Augen. Der Wind spielt mit den Daunen. Sie bleibt ruhig liegen und macht keinerlei Fluchtversuch. Einen Schritt weiter liegen zwei Eier der Flußseeschwalbe auf den bloßen Steinen, olivengrün mit schwarzen Klecksen. Dicht hinter mir ist eine alte zierliche Zwergseeschwalbe niedergegangen und trippelt zu ihrem Jungen, das ich übersehen hatte. Wie ich mich über die junge Sturmmöwe herbeuge, sind die beiden Alten ganz dicht über mir. Das Junge duldet nicht, daß ich mit der Hand nahe komme, sondern versucht, zuzuhacken, läßt sich dann aber doch die Stirn streicheln.

Unvermittelt fliebt die ganze Möwenwolke in eine andere Richtung, über mir ist es ganz leer. Ihr Schreien ist voller Angst. Ein Raubvogel beunruhigt sie. Hin und her raucht der Schwarm.

Lachmöwen, Sturmmöwen und Seeschwalben durcheinander. Jetzt umkreisen sie eine Stelle. Dort hat der Raubvogel eine Möwe geschlagen. Als ich hinzurenne, läßt eine Rohrweihe ein fast flüchtiges Mönwenjunges aus den Fängen fallen und faust mit raschen Flügelschlägen davon. Nun beruhigt sich die Wolke wieder, die Möwen kehren zu ihren Jungen zurück. Doch nach einer Weile tritt ein Augenblick völliger Stille ein, setundenlang, und dann wird das Schreien um so größer, die Rohrweihe ist wieder aufgetaucht. Zwischen den tausend Fliegern kann ich den Raubvogel nicht erkennen. Nur das Hin- und Hergerausch der Vogelwolke verrät, wo er ungefähr sein muß. Aber schließlich werden die Möwen mächtiger, der Feind ist wohl abgestrichen.

Im Heidekraut haben die Lachmöwen ihr Gebiet höher auf dem Sande, nicht so unmittelbar am Wasser wie die Sturmmöwen. Als ich in ihre Zone komme, flüchten Dufende von Jungen durch die Sträucher, schnell vorwärts strebend, oft stolpernd, jeden Busch als Deckung benutzend. In der Luft kreischen die Alten, eine Art von Gekacker ringt sich aus ihren Kehlen, ganz nahe schreien sie auf mich herab, ihr schwarzer Kopf stößt einer halben Meter an meinem Gesicht vorbei. Ich erkenne auch die Alte, deren Jungem ich am nächsten bin. Sie schwebt bald rechts, bald links vor mir. Jetzt ziehe ich das Junge an einem Bein aus dem Wacholder. Es sträubt auf und erbricht sich vor Erregung, und da es gerade auf den Rücken zu liegen kommt, bleibt es so liegen. Aber ich will ihm helfen, ich drehe es um; nun lacht es eilig rennend das Weite.

Die Gebiete der Sturmmöwe und der Lachmöwe sind streng getrennt, zwanzig Meter von hier beginnt das Reich der Sturmmöwen, keine Art duldet die andere unter sich. Mit den Seeschwalben brüten die Möwen dagegen ohne weiteres im gleichen Revier. Während ich im Lachmönwengebiet bin, befinden sich die Sturmmöwen fast alle noch auf der Erde, hoch ragt ihr weißer Kopf mit dem honiggelben Schnabel. Der ganze Lachmönwenschwarm verdrahtet, als ich in das Sturmmönwengebiet übergehe, und nun erheben sich diese. Hundertfach geht jetzt ein hellerer Schrei um mich, kühner stoßen sie nach mir herab. Aus einem Wacholderstrauch fliegt das Weibchen des mittleren Sängers ab. Als ich die stacheligen Zweige auseinanderziehe, liegen da im Flaum zehn elfenbeinfarbene Eier von Hühnergröße. Ich fasse eins an, es ist ganz warm; so gehe ich schnell, damit der Vogel weiterbrüten kann.

Nun komme ich dem Ufer nahe, abgeschliffene Steine leuchten aus dem kümmerlichen Gras. Ueber mir knirscht das Rufen der Flußseeschwalben. Zwischen den Steinen sind überall zu zweit oder dritt die Eier verstreut, ohne eine Spur von Rest, kaum vom Untergrund zu unterscheiden. Ich finde ein schon ziemlich großes Küken, vielleicht vierzehn Tage alt. Ganz flach hat es sich hingedrückt, als ich es berührte, wehrt es sich ein bißchen. Ein zweites Küken steht auf und tippelt dem Ufer zu. Ich setze mich hin, um zu sehen, wie die Flucht weiter geht. Aber auch das Küken macht jetzt halt. Etwas weiter unten stehen zwei junge Sturmmöwen vor der Brandung. Ein Halsbandregenpfeifer zupft am Gras herum. Plötzlich erhebt sich vor meinen Füßen noch eine junge Seeschwalbe und schnarrt schon auf dieselbe Weise, wie die Alten oben. Mittlerweile ist das erste Junge fortgehüchelt. Und ich starre benommen in das allgemeine Krabbeln, Schwirren und Flattern.

Erich Grisar: Die Wohnung

Ich weiß noch genau wie es war, damals als der Peter geheiratet hat. Wir waren noch auf der Hochzeit und es hat viel Klamaus gegeben. Bis zum anderen Morgen hat der Spaß gedauert und es wurde viel gelacht und geheit, weil alle gerne wollten, daß der Peter mit seiner Frau verschwinden sollte. Aber er tat uns den Gefallen nicht und als wir einsahen, daß er auf nichts einging, hörten bald alle Anzüglichkeiten auf. Wir hatten trotzdem unseren Spaß, obwohl jeder einseht, daß es nicht richtig war, daß der Peter bis zum anderen Morgen in unserer Mitte blieb.

Aber wohin hätte er auch gehen sollen. Er wohnte bei seinen Eltern und seine Frau bei den ihren. Und das würde wohl noch eine Zeitlang so weiter gehen, denn eine Wohnung hatten sie nicht, als sie heirateten.

Den Peter hat das nicht weiter gekümmert, daß er keine Wohnung hatte. Er hatte sich pflichtgetreu beim Wohnungsamt eintragen lassen und wartete nun mit allem Optimismus, den nur die Jugend aufbringt, daß sich das Wohnungsamt eines Tages bei ihm melden würde. Kinder hatten sie ja vorläufig noch nicht und so ließ es sich auf der einen Seite, die die Eltern seiner Frau ihnen eingeräumt, ganz gut leben. Vielleicht würde er demnächst in eine bessere Stellung aufrücken und dann würden sie sich sogar eine beschlagnahmefreie Wohnung leisten können.

Peter war Optimist und sah sich schon in einer geräumigen Wohnung den Hausvater spielen. Aber es kam anders. Eines Tages kam die Hebamme mit ihrem Koffer zu Peters Frau und Peter ging zum Standesamt, einen Sohn anzumelden. Jetzt wurde es ein wenig eng in der kleinen Stube, aber dafür hatte Peter jetzt größere Aussicht, zu einer Wohnung zu kommen. Schließlich war er jetzt ein richtiger Familienvater. Und der Staat, der ein so großes Interesse daran hat, daß die unter seiner Kontrolle geschlossenen Ehen nicht hinfällig bleiben, würde auch wohl dafür sorgen, daß er jetzt eine Wohnung bekomme. Schließlich bleibt ja kein Füllen, das von seinem Reichwehrrpferde zur Welt gebracht wird, ohne Stoff, wie soll da ein künftiger Soldat ohne Obdach bleiben. Und Solbat soll der Junge doch werden, was hätte der Staat sonst für ein Interesse an ihm?

Aber Peter bekam keine Wohnung, sondern einen Dringlichkeitschein. Mit dem in der Hand wartete er drei Jahre. Nun war er dreißig und doch wußte er, wer dreißig ist, hat sogar einen gesetzlichen Anspruch auf eine Wohnung. Bis hierher war er zu jung gewesen. Das war klar. Der Staat wollte nicht, daß die Leute so jung zusammenkauften. Ehen gründen und nichts zu essen haben für ihre Kinder. Der Staat ist ein treuer Vater und wozu trotzdem schon mit fünfundsiebenzig eine Ehe gründen, muß seine Strenge fühlen. Und ohne Wohnung bleiben. So reimte Peter sich das zusammen. Aber der Staat verhalf ihm auch jetzt nicht zu einer Wohnung. Wohl wurden in der letzten Zeit mehr und mehr Wohnungen angesetzt. Aber es waren sogenannte beschlagnahmefreie Wohnungen, die Peter nicht bezahlen konnte, denn er hatte Pech gehabt, er war in seinem Beruf doch nicht so vorwärts gekommen, wie er sich das erhofft hatte. Zu allem Unglück hatte ihm seine Frau auch noch mitgeteilt, daß sie ein zweites Kind erwarte. Er machte einen letzten Versuch und eilte zum Wohnungsamt. Man versprach ihm, sobald das Kind da sei, würde er eine Wohnung bekommen. Er könne sich darauf verlassen. Und dann war er ein paar Monate glücklich. Leider wurde er, ehe das Kind

geboren wurde, gekündigt. Betriebseinschränkungen, sagte die Firma. Er versuchte, neue Arbeit zu bekommen. Er nannte sein Alter. Ueber dreißig? Da werden wir nicht lange Freude miteinander haben. Zu alt. Das begriff er nicht. Kaum dreißig Jahre und schon zu alt. Aber es war ja. Wenn nicht bessere Zeiten kämen, würde er also in seinem Beruf nicht wieder hineinkommen. Aber es würden wohl bald bessere Zeiten kommen. Peter ist immer noch Optimist. Und er hat recht behalten. Als das zweite Kind geboren wurde, hielt das Wohnungsamt Wort, es wies ihm eine Wohnung an. Drei Zimmer, nicht teuer. Nur 42 Mark Miete im Monat.

Peter war froh. Und nur das eine bekümmerte ihn, daß er das Angebot nicht annehmen konnte, denn wozu sollte er von seinen paar Mark Stempelgeld jetzt die Miete bezahlen für eine Wohnung. Hatten sie solange auf der einen Stube gehockt, würden sie wohl auch jetzt noch einige eil darauf hocken können. Wenigstens bis er wieder Arbeit hätte.

Der Direktor des Wohnungsamtes jedoch hielt bei der nächsten Monatsversammlung des Vereins zur Bekämpfung der Wohnungsnot einen Vortrag, in dem er darlegte, daß es faktisch keine Wohnungsnot gebe, denn einmal ständen große Wohnungen seit Jahr und Tag leer und zum anderen stelle sich immer wieder heraus, daß sogenannte Wohnungsuchende, die seit Jahr und Tag die Wohnungsämter mit ihren Gesuchen um Ueberweisung einer Wohnung belästigten, wenn man ihnen wirklich eine Wohnung anweise, das Angebot ablehnten, was ein schlüssiger Beweis dafür sei, daß die Behauptung, es gebe eine Wohnungsnot, ein demagogischer Kniff gewissenloser Hege sei.

C. J. Mesgen:

Die verhexte Flasche

Die Kinder werden wieder nach den korblosen Perlen in Kaskaniabäumen. Die alten Gärtnerfrauen ziehen schon ihre Häften über die Grünstreifen der Anlagen und tragen das erste Laub in Körben hinter den Geräteschuppen. Hin und wieder blüht sich eine der Frauen unter einen Strauch oder Busch nach einem Taschentuch oder sonstigen Viebesanden, das in heißen Sommernächten hier verloren ging. Auf einer Bank neben mir lassen sich zwei alte Bekannte nieder. Ihre Philosophie beschäftigt sich nicht mit dem Problem der Arbeit. Ihnen fallen die Groschen von selbst in den abgegriffenen Hut. Dem Älteren, der trotz seiner Bettlerlust auf Sauberkeit hält, schaut eine alte Kleiderbürste aus der Manteltasche. Er knüpft sich elegant den Mantel zu, ehe er sich niedersetzt, und legt die Mantelzipfel über seine zerlöchernten Hosen. Dann zieht er mit großer Anstrengung eine Wasserflasche aus dem seidenen Innenfutter seines Mantels, entkorkt die Flasche behutend, hebt den Füllhoh nach gegen die gallig umrandete Sonne und trinkt sein Viertel weg. Undächtlich nimmt der andere die Flasche, verküsst sein Gesicht, trinkt ebensoviel und gibt die Flasche mit verkniffenen Lippen zurück.

Der Ältere stellt die von der Körperwärme widerlich erwärmte Flasche zum Abkühlen zwischen seine Beine unter die Bank. Umständlich kramt er ein neues Paket aus dem anderen Mantelfutter und entblättert der Zeitung zwei goldfrische Räucherheringe. Die Fische glänzen wie in Del getauchtes Gold. Die goldene Außenhaut hat eine fetze, silberne Innenseite. Sie beledet sich die wurzel-

schwarzen Finger. Das weiße Rückenstück ist ein einziger, grünenloser Streifen schmelzendweißen Fischfisches. Die dünne Unterhälfte ist gepickt von Gräten. Was aber ein Feinschmecker ist, der hat Geduld und zieht sich eine Gräte nach der anderen durch die Lippen. Die Gärtner drüben am Geräteschuppen schärfen ihre Spaten und spitzen Baumpfähle für die jungen Bäume. Dabei fliegen Biene und Lachen von einer Gruppe zur anderen.

Die beiden Helden haben bei ihren Heringen den Sommer und den Part vergessen. Die nadelspitzen Gräten fordern Vorsicht, und die scharfzungen Gärtner drüben haben schon lange die Schnapsflasche unter der Bank erpöht. Sie ziehen mit ihrem Lachen alle Aufmerksamkeit im Part auf sich.

Plötzlich kriecht jemand hinter mir im Gebüsch herum. Einer der Gärtner ist in warmem Bogir um den Geräteschuppen bis nach den Bänken geschlichen. Ehe ich die Lage überschau, hat er die halbe Flasche Schnaps unter den Füßen der sorglos Dastuhenden erwirht und verschwindet damit unbemerkt.

Die alten Bekannten neben mir lassen noch einmal die Flasche flüchtig über ihre Zungen gehen, und gemächlich greift der Ältere unter die Bank zwischen seine Beine, greift nach links, nach rechts, nach vorn, nach hinten ...

Er saßt tiefer und greift weiter im Kreise herum. Verdrüht steht er auf und lehnt sich unwillig über die Bank ...

„Der Schnaps?“

Seine Stimme überschlägt sich in der Höhe. Er belastet sich nachdenklich von oben bis unten, befüßt den anderen. Sie taften sich gegenseitig ab. „Berhegt! — Rein wie verhegt! — Hast du ... hab ich ...“

Mühsam wenden sie sich um. Sie sehen, wie die Gärtner mit Spatenstiel drohend dastehen, die halbe Flasche Füllend in den Wassertaschen des Schließsteins glücken und damit ihre Spaten schärfen.

Die beiden feuerdurstigen Gesellen schütten ihre grauen Köpfe und stehen da wie berufene „Statisten“ des „Unverstandes dieser Welt“.

Dr. R. H. Francé:

Schneepflanzen im Sommer

Jeder Bergsteiger hat schon von einer Schneefloza gehört; manche haben sie auch selbst gesehen, jene vielberühmten und oft beschriebenen Schneeaugen, den roten Schnee der Firnfelder, der schon seit den Zeiten des Aristoteles bekannt ist, ohne daß den meisten seine wahre Natur klar wäre. Er ist eine Erscheinung des Sommers, denn zur Mitte Juni hat man ihn selten beobachtet; um diese Zeit jedoch sieht man, gewöhnlich noch lang andauerndem schönen Wetter, auf den höchsten Firnselberrn ansehnliche Strecken mit zartem Karminrot überzogen, das an den Rändern gelblich erscheint, hier und da sich auch zu lebhafterer Färbung verdichtet. Schreitet man über solch ein rotes Firnfeld, dann quillt es unter den Füßen auf wie Blut, so daß sich nicht wenige unheimliche Sagen an diese Erscheinung geknüpft haben. Sie kommt in allen Teilen der Alpen, wo ausgedehnte Firnfelder zu finden sind, vor; man hat sie in den Savoyer und Walliser Bergen ebenso beobachtet wie im Berner Oberland. Ein berühmtes rotes Schneefeld befand sich am Rhonegletscher; die Erscheinung kehrt wieder am Starnisch und Säntis, an der Silvretta, in den Stubai und Ortaler Bergen und im großen Firngelände der hohen Tauern.

Nirgends jedoch liegt hier ein Widerschein von Alpenglühen oder von Blutaten vor, wie die Sagen erzählen, wenn auch die Alpen viel unschuldig vergossenes Blut widerspiegeln könnten, sondern fast stets ist es eine einzellige Pflanze, die der Botaniker als *Sphaerella nivalis* bezeichnet, die den Schnee bis zu einer Tiefe von etwa 5 Zentimeter in Millionen und aber Millionen Exemplaren durchsetzt. Es ist eine sehr eigentümliche Lebensweise und ein sehr merkwürdiges Geschöpf, das sich ihr hingibt. Eine kleine Kugel, die gewöhnlich in einer dünnen Hülle ruht, aber in den Stunden, da sich der Firnschnee erweicht und sich Pfützen stehenden Wassers auf ihm bilden, zwei Bewegungsfäden hervorstreckt, mit deren Hilfe das zierliche Ding, von dem etwa 50 auf 1 Millimeter gehen, ein Weibchen umherschwebt. Seine rote Farbe scheint ein Schutzmittel gegen intensives Licht und die Kälte zu sein. Am Nachmittag, wenn die laut murmelnden Gletschergewässer verstummen und der Gletscher für fast 16 Stunden zu seinem eifigen, nur durch das Krachen der Gletscherpalten unterbrochenen Schmelzen zurückkehrt, versinken auch die Blutalgen des Schnees wieder in ihren Scheintod. Wozu sie sich nähren, ist schwer festzustellen. Sie arbeiten zwar im Hochlicht, sind aber in bezug auf mineralische Nahrung wahrscheinlich auf den kosmischen Staub angewiesen, der sich aus dem Himmelsraum auch auf die höchsten und reinsten Firne herabsenkt, so daß diese im Sommer nur zu häufig verstaubt und schmutzig aussehen.

Das erste Shakespeare-Theater

Die Shakespeareschen Dramen wurden zuerst von der unter Shakespeares eigener Leitung stehenden Schauspieltruppe in dem Globe-Theater in London gespielt, das im Jahre 1597 eröffnet wurde. Als Sinnbild seines Namens zeigte es über dem Eingang zur Bühne eine Erdkugel, von Herkules getragen, und am Giebel die lateinische Inschrift: „Die ganze Welt spielt Komödie“ (*Totus mundus agit histrionem*). Im übrigen war es ein einfacher, zierlich angelegter Holzbau. Dekorationen, die ausgewechselt werden konnten, kannte man damals noch nicht. Den Hintergrund bildete meist ein Teppich. Tag und Nacht wurden, wie man annimmt, dadurch kenntlich gemacht, daß, um zu zeigen, daß eine Szene am Tage spielte, oberhalb des Teppichs ein blauer, für die Nacht ein dunkler, wahrscheinlich brauner Leinwandstreifen angebracht wurde. Zeichnungen des Theaters aus alter Zeit werden heute im Britischen Museum in London aufbewahrt. Das Theater, eine Sommerbühne, lag in einer Vorstadt Londons, in der — wie etwa vor 50 Jahren in der Hasenheide in Berlin — allerlei damals zeitgemäße Volkslustbarkeiten stattfanden, wie Ringkämpfe, Wettlaufen, Bärenhieb, Hahnenkämpfe. Heute ist die Gegend zur Fabrikierend geworden. In den ersten Ausführungen des „Hamlet“ im Globe-Theater hat Shakespeare selbst den Geist von Hamlets Vater gespielt.

Rästel um die Sahara. Wie aus den Forschungsergebnissen einer französischen Expedition zu ersehen ist, besteht die Möglichkeit, daß die Sahara während der europäischen Eiszeit fruchtbar war und über eine dichte Bevölkerung verfügte. Als Beweis für diese Behauptungen sieht die Expeditionsleitung eine ganze Reihe wertvoller Waffenfunde an, ferner mehrere Töpfergegenstände, die einen hohen kulturhistorischen Wert aufweisen.

Koststoff besitzt in England und Amerika liebzig Zeitungen. Zur Gewinnung des Papiers hat er in Neufundland 3000 Quadratmeilen Land mit Waldbestand gepachtet.

Die meisten Gewitter kommen in Abyssinien vor, wo sie an manchen Stellen zweihundertvierzigmal jährlich im Durchschnitt auftreten.

Kapitalistische Welt als Irrenhaus.

Kennzeichnung des kapitalistischen Systems auf dem Gewerkschaftskongress.

F. E. Frankfurt a. M., 1. September. (Eigenbericht.)

Professor Lederer kam nach seiner gründlichen Durchleuchtung des Kapitalismus und seines Kreditystems zu dem Schluss, daß es zwar nicht aussichtslos sei, aus der Krise herauszukommen, doch könne es noch lange dauern. Da noch lange mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit zu rechnen sei, handle es sich bei der 40-Stunden-Woche um eine Dauermaßnahme. Die 40-Stunden-Woche bedeute ein glänzendes Zeitbild für die Solidarität der Arbeiterschaft. Eine vermehrte Freizeit führe bei richtiger Anwendung zur Hebung des geistigen Niveaus der Arbeiter. Der gesunde Tätigkeitsdrang wirke sich aus. Die Freisetzung von Arbeitskräften durch die Maschine müsse zur Freisetzung persönlicher Kräfte führen, zur Beherrschung der Wirtschaft durch die Menschen.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst Jouhaux begrüßt, der in seiner temperamentvollen Weise auf die Verbundenheit der Arbeiterschaft hinwies und auf die Notwendigkeit einer besseren Verständigung und praktischen Zusammenarbeit, wozu die französische Arbeiterschaft bereit sei. Der Vorsitzende, Genosse Schumann, dankte Jouhaux besonders herzlich und wünschte, daß unsere vereinten Bemühungen den Erfolg haben, daß auch die Regierungen beider Länder zu einer Verständigung kommen.

Nach den Theoretikern kamen die Praktiker in der Frage der 40-Stunden-Woche zu Wort. Eggert vom Bundesvorstand betonte, daß nicht die Gewerkschaftsbewegung, sondern die technische Entwicklung uns vor die Frage gestellt hat, was aus den fünf Millionen Arbeitslosen werden soll. Für die Bauarbeiter führte der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Genosse Bernhardt, für die Metallarbeiter der Verbandsvorsitzende Reichel und für die Textilarbeiter der Genosse Schöller die besonderen Verhältnisse ihrer Berufsinszenierung, die eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordere. Auch Kraus betonte die Einnützigkeit darin, daß die Durchführung der 40-Stunden-Woche die wichtigste Frage sei, doch hält er sie erst für lösbar, wenn die Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft gekommen sind.

Spliet macht Kraus den Vorwurf, daß gerade er und seine revolutionären Freunde die 40-Stunden-Woche in den Betrieben bekämpfen. Die Arbeitszeitverkürzung sei die logische Konsequenz der stürmischen Entwicklung der Wirtschaft. Er erinnert an die Tragik der modernen Jugend, die aus der Behre oder schon aus der Schule arbeitslos herauskommt und arbeitslos bleibt. Die Reichsregierung scheint an den Dingen ganz vorbeizugehen. Die Versprechungen der Regierung seien nichts weiter als weiße Salbe.

Der letzte Redner des Tages, Genosse Tarnow, lenkte die Diskussion noch einmal von der Spezialfrage der 40-Stunden-Woche auf das allgemeine Gebiet der Wirtschaftslage. Die Wirtschaft gleiche einem Irrenhaus. Den Wöllern aller Länder muß begrifflich werden, daß der Sozialismus der einzige Weg ist, der aus der Sackgasse herausführt.

Schluß der Aussprache.

Frau Gladsch, Berlin: Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiterinnen, soweit es sich um Kriegerfrauen handelt, nicht schlechter behandelt werden dürfen als die pensionierten Offiziere.

Wagner-Solingen spricht über die Lage der Heimarbeiter in Solingen. Ströme von Tränen, Berge von Leid kennzeichnen den Weg, den unsere Arbeiter gehen mußten. Ein Schleier wird nicht mehr als 35 Jahre im Durchschnitt. Die häuslichen Wohnverhältnisse machen das Elend größer. Wenn man sie jetzt auch noch von der Arbeitslosenversicherung ausschließen will, was soll da aus unseren Arbeitern werden?

Simon Kraus-Stuttgart kritisiert in heftiger Form den Bundesvorstand: Der Kapitalismus befindet sich in einer Niedergangsperiode, aus der er sich niemals erholen wird. Er wird sich nur auf Kosten der Arbeiterschaft noch einige Zeit halten können. Unsere Entschlüsse, Eingaben, Bittgänge bis zum Reichspräsidenten blieben unbeachtet.

J. Simon-Nürnberg findet es unerhört, daß Kraus die Gewerkschaften für die Notverordnung verantwortlich machen wolle. Der Versuch der Konstruktion eines Gegenfahes zwischen den deutschen und englischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei ist deplatziert.

Mußte nicht gerade auf Wunsch der Gewerkschaften die Regierung Müller zurücktreten, da sie sich nicht dafür hergeben wollte, die Arbeitslosenunterstützung zu kürzen?

Was der Arbeitsminister über die 40-Stunden-Woche gesagt hat, ist ganz ungenügend. In der Schuhindustrie haben wir heute bei dem Stand der Rationalisierung 25-30 000 Arbeiter zu viel, die vielleicht nie mehr in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können. Die Politik des Reichsarbeitsministeriums muß zur Sprengung und Vernichtung der Tarifpolitik führen. Man soll die so oft vertretene Disziplin der Arbeiter auf keine allzu harte Probe stellen. Unsere Gebuld ist erschöpft. Wir müssen warnen, auf diesem Wege weiter zu gehen! (Beifall.)

Wilhelm Eggert, Bundesvorstand: Die scharfen Worte, die auf dem Kongress gegen die Notverordnungen gefallen sind, werden weit überboten von der Schärfe der Anstrengungen, wie die Gewerkschaftsorgane den Kampf gegen diese Notverordnungen führten. Es ist selbstverständlich, daß die arbeitende Klasse als die ärmste im organischen Staatswesen nicht derart belastet werden darf. Aber es ist auch taktisch verfehlt, wenn ausgesprochen wurde, daß noch schlimmere Lasten folgen würden. Die Regierung muß sich ja dann geradezu bemühen, diese Prophezeiungen wahr zu machen. Wir stimmen vollkommen mit der Opposition in der Meinung überein, daß keine größere Belastung folgen darf. Aber bei der Prüfung der Frage, mit welchen Mitteln eine Korrektur der bisherigen Notverordnungen zu erreichen sei, erweist sich

immer wieder der Zwiespalt der Arbeiterklasse als das größte Ängstlich

In dieser Stunde. Brüning hat selbst gesagt, daß die bisherigen Notverordnungen die schärfste Belastung darstellen, die dem deutschen Volke zugemutet werden könne. Wie kann man dann von der Tribüne des Gewerkschaftskongresses mit beachtlichsten weiteren Verschlimmerungen operieren? Auch der Vergleich, der zwischen der Lage Deutschlands und derjenigen Englands gezogen wurde, ist abwegig. Wenn man aber schon die jetzigen Vorgänge in England heranziehen will, so muß man feststellen, daß das Kabinett Her-

mann Müller schon viel früher dasselbe getan hat, was England heute tut. Was in England geschieht, ist das Strafgericht gegen einen angebliehen Disziplinbrecher, und es wäre angebracht gewesen, wenn Ziegler daraus die Lehre gezogen hätte. Wir sind mit der Regierung Brüning nicht verbunden, wir brauchen sie in keinem einzigen Falle in Schutz zu nehmen. Das Problem lautet aber:

Was kommt nach der Regierung Brüning?

Alle Kämpfe unserer Bewegung gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei sind nichts anderes als der Kampf um den Sturz des kapitalistischen Systems. Hier haben wir Klarheit darüber geschaffen, daß dieser Sturz ein Entwicklungsprozeß ist, beeinflusst von der geschichtlichen Taktik der Gewerkschaften. Daß ausgesprochen wird, wir wären verantwortlich an der Not der Arbeitslosen, ist ungeheuerlich, ist entweder Verblendung oder Böswilligkeit. Die Agrarpolitik der Regierung Brüning ist deswegen ein so unerhörtes Verhängnis für die arbeitende Klasse, weil der Raum für die Lebenshaltung so beengt wurde, daß dem Arbeiter ein Verbrauch anderer Gegenstände als Lebensmittel nicht mehr möglich ist.

Oskar Kurpart-Dresden (Gesamtverband) tritt für die Unterstellung der Hausangestellten unter die Unfallversicherung ein. Ebenfalls forderte er die Einbeziehung der Angestellten der Heil- und Pflegeanstalten in die Unfallversicherung. Kurpart kritisiert die Arbeitszeit in den Krankenhäusern und Kliniken, ferner den Eintritt in die Baufristen der Verträge bei den Angestellten und Arbeitern der Behörden. Der fundamentale Angriff auf das Lohnniveau der Gemeindegewerkschaften ist mit Hilfe der Partei und Gewerkschaften zum großen Teil abgeschlagen worden und man habe ein kleineres Uebel in Kauf genommen, um das weitaus größere zu vermeiden. Jeder habe die Pflicht, diese Erfolge anzuerkennen.

Damit ist die Liste der Diskussionsredner erschöpft. Leipart erhält das Schlusswort.

Der Verlauf der Debatte ist ein klares und eindeutiges Vertrauensvotum für den Bundesvorstand gewesen und der Bundesvorstand spricht seinen Dank aus. Aber, Kolleginnen und Kollegen, ihr dürft nicht draußen die Stimmung aufkommen lassen, daß alle Hoffnungen ausschließlich und allein auf den Bund zu setzen sind. Der Bund hat allerdings die Führung der gesamten Gewerkschaftsbewegung an sich genommen und nicht aus der Hand gelassen. Aber die Aufgaben der einzelnen Verbände als der unmittelbaren Organe sind damit bestehen geblieben. Und nun ein Wort von der

Mitverantwortlichkeit der Gewerkschaften für die Politik der Sozialdemokratie.

Wir lehnen diese Mitverantwortlichkeit nicht ab. Es ist ein Verdienst der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen zu sein, daß der Faschismus und der Kommunismus keines ihrer verbrecherischen Ziele erreicht haben, und wir werden weiter unsere ganze Kraft einsetzen, immer in treuer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei, daß diese Ziele immer erfüllt bleiben. (Beifall.)

Warum wir nicht die „letzten Konsequenzen“ aus unseren guten und richtigen Entschlüssen ziehen: weil wir Furcht vor der „sozialen Revolution“ hätten! Ich bin der Meinung: Wir stehen in dieser sozialen Revolution seit Jahrzehnten mitten drin. (Beifall.) Wenn man allerdings den Bürger-

krieg darunter verstanden wissen will, so sage ich, sicher im Einverständnis mit dem ganzen Kongress: Wir haben keine Freude an diesem Kampf, am Bürgerkrieg, aber wir wollen den Klassenkampf der Arbeiterschaft führen, nicht des Kampfes wegen, sondern weil unsere große Aufgabe ist, auf dem Wege der Führung des Klassenkampfes, des geordneten Klassenkampfes die Lage der Arbeiterschaft zu heben. Und zu diesem Klassenkampf rufe ich die ganze deutsche Arbeiterschaft auf, rufe ich auf zur Hilfe, damit dieser Klassenkampf nicht nur gut geführt, sondern auch erfolgreich zu Ende geführt wird. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen die Abstimmungen. Folgende Entschließung des Bundesvorstandes wurde einstimmig angenommen: „Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch

Abbau der Sozialgesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der Privatwirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schweren und vielfach die nächste Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Ueberzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialgesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität bilden sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Art und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Wir verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben,

die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften

in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperlichkeiten. Wir fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Dem Bundesvorstand wird Entlastung und Vertrauen gegen eine Stimme ausgesprochen. Das Vertrauensvotum wird mit Beifall angenommen. Damit ist der Bericht des Bundesvorstandes erledigt.

Die 40-Stunden-Woche.

Die Einleitung zum 3. Punkt der Tagesordnung gibt Professor Lederer-Heidelberg durch einen groß angelegten Vortrag über die Ummäzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche.

Er führte im wesentlichen aus: Die Völker haben infolge der Wirtschaftskrise heute fast nicht nur ein unüberwindliches Mißtrauen gegen die Wirtschaftsführer, sondern auch gegen die Rationalisierer. Die Rationalisierer haben es allerdings schwieriger als die Mediziner. Der Arzt verschreibt eine Medizin, und in den meisten Fällen hat er mindestens die Gewißheit, daß die Medizin auch genommen wird. Regierung und Publikum kümmern sich aber den Teufel darum, was die Rationalisierer für Medizin verschreiben. Man kann der Wirtschaft nicht helfen, wenn nicht vorher eine genaue Diagnose gestellt worden ist.

Die jetzige Krise läßt sich mit den früheren kaum vergleichen. Es besteht ein ungeheurer Unterschied in der Größe und in der Art, weil eben die Krise weit über die Größenverhältnisse aller früheren Krisen hinausgewachsen ist. Es ist etwas anderes, ob man 5 Proz. oder 25 Proz. Arbeitslosigkeit zählt, und es ist etwas anderes, ob in der Produktion eine Verlangsamung des Wachstums festzustellen ist oder eine Rückbildung des Produktionsvolumens. Es kommt auch darauf an, welche Völker von der Krise betroffen werden. Früher wurde die Krise gewissermaßen als Schicksal hingenommen, heute nicht; denn wir wissen, daß

die Krise durch ungeheure Fehler und Irrtümer hervorgerufen wurde, weil der Kapitalismus die technische und wirtschaftliche Entwicklung nicht meistern konnte.

Wir stehen heute einer neuen technischen Welt gegenüber. Auch in der Rohstoffbasis sind Veränderungen spürbar. Technische Fortschritte, beschleunigte Rationalisierung haben in der Wirtschaft empfindliche Störungen hervorgerufen. In einer kapitalistischen Wirtschaft fehlt eben ein planvolles Vorgehen. Die erste Wirkung des neuen technischen Fortschritts war eine ungeheure Inflation, eine Inflation, eine riesige Ausweitung der Produktion. Diese Konjunktur war begleitet von einer Steigerung der Preise und einer Aufwärtsbewegung der Kurse an der Börse. Das alles trieb zu einer Inflation der Werte. Die Wirtschaftszweige, deren Papiere an der Börse günstige Kurse erzielten, erhielten leicht Kredite. Die Konstellation des Bankwesens hat die Kreditbeschaffung für bestimmte Industrien erleichtert. Einige Industrien erhielten große Anlagerechte, andere nicht. Es gibt heute in Deutschland eine ganze Reihe von Betrieben, die arbeiten möchten und auch arbeiten könnten, soweit der Markt in Frage kommt. Aber sie haben keine Mittel. Die Mittel sind in die Aktienkonzerne hineingesteckt worden, und zwar auch dort, wo die Kredite nicht sachgemäß verwendet werden konnten.

Das Kapital strömte vielfach nicht in die Kanäle, aus denen es stammte.

Erschwert wurden die Verhältnisse ferner durch den Altersaufbau der Bevölkerung. Die zwei bis drei Millionen arbeitslosen

Menschen, die wir heute in der Wirtschaft mehr haben, spielen in der Frage der Krise eine keineswegs unwesentliche Rolle.

In der Öffentlichkeit begegnet man vielfach dem Glauben, daß die Krise in erster Linie oder fast nur auf politischem Wege zu heilen sei. Richtig ist, daß heute eine sehr scharfe Berührung zwischen Politik und Wirtschaft besteht. Vor dem Kriege war die Wirtschaft politisch noch vielfach blind. Heute ist die Wirtschaft sehr hellhörig gegenüber politischen Stimmungen, und gerade die Ereignisse in der jüngsten Zeit haben das deutlich genug gezeigt. Man braucht ja nur an

die Hitler-Wahlen

zu erinnern. Eine Bereinigung der politischen Probleme tut selbstverständlich not. Das Ausland weiß es schon lange, daß Deutschland die Reparationen nicht leisten kann. Daher das Mißtrauen gegen den deutschen Wirtschaftskörper, daher die kurzfristigen Kredite, daher die Schwierigkeiten auch in Oesterreich und in England. Jeder Kapitalist möchte am liebsten in der Nähe der Lüre sitzen, damit er sofort abrücken kann, wenn die Situation brenzlig wird. Da alle so schnell wie möglich durch die Lüre kommen wollen, gibt es Panik. Eine Zurückforderung aller Kredite ist wirtschaftlich unmöglich, ein Abbau des internationalen Kreditystems würde uns natürlich eine Art Autarkie aufzwingen, aber diese

Autarkie wäre ein Leben in Armut und Not.

Wir können nicht leben wie in den Niedern die Hirten in den Bergen. Für eine große industrielle Nation bedeutet Autarkie nichts anderes als Vergrößerung der Armut und damit der politischen Spannung. Eine Zerreißen der internationalen Wirtschaftsverflechtung bedeutet unbedingt eine Katastrophe. Umgekehrt geht der Weg. Der Schritt vom Handwerker zur Maschine war der Schritt von der Stadtwirtschaft zum Wirtschaftsgebiet eines Landes und schließlich zum Zollgebiet des Reiches. Diese Entwicklung bleibt nicht still stehen. Wenn bald eine einzige Traktorenfabrik fast die ganze Bauernschaft Deutschlands mit Traktoren ausrüsten kann, dann bedeutet das zwangsläufig eine Erweiterung des Staatswirtschaftsgebietes. Statt über den nationalstaatlichen Rahmen hinauszumachen, stoßen wir aber auf politisch immer stärkere Hemmnisse.

Aufgabe der Politiker ist es, alle diese Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen Politik und Wirtschaft bestehen. Aber trotzdem ist ein wirtschaftlicher Prozeß notwendig, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen. Es gibt Leute, die sagen, es gebe so viele Arbeitslose als der Gouverneur der Bank für England für gut halte. Die Arbeitslosigkeit steige und falle, je nachdem der Diskont in die Höhe gehe oder auf 0 Proz. herunterfinke. Ganz so einfach ist die Sache aber nicht. Gewiß können die Zentralbanken durch Herabsetzung des Diskonts etwas zur Ankurbelung der Produktion tun. Aber die Frage bleibt,

ob diese Ankurbelung in die richtige Richtung geht,

oder ob es sich nur um eine vorübergehende Belebung handelt. Die Frage ist: Wie soll der Kredit angewendet werden? Welches sind die richtigen Felder der Investitionen? Diese Frage ist mit der Beseitigung des politischen Mißtrauens noch nicht gelöst.

Arbeitsbeschaffung zur Stärkung der Reichsbahn gegenüber der Konkurrenz des Autobusses ist kein Mittel zur Lösung der Krise. Oder was soll die Finanzierung von Agrarprodukten, wo heute die Welt mit Agrarprodukten überflutet ist? Die Idee der Rationalisierungsarbeiten, auch die in internationalem Maßstab, ist keine Antwort auf die Frage: Wo investieren? Erweiterung der Betriebskredite in aussichtsreichen Unternehmungen, das heißt in solchen, die ihren Markt erweitern können, wäre am Platz. Das wäre eine erste Station.

Wir kommen also um eine Kontrolle der Verteilung der Kredite nicht herum.

Wir brauchen eine planmäßige Lenkung des Kapitalstroms.

In diesem Zusammenhang nun ein Wort zur 40-Stunden-Woche. Der Ablauf der Krise ist bestimmt nur ein langsamer Prozeß. Manche Leute meinen, den Wagen mit irgend einem Gewaltakt in Bewegung zu bringen. Das kann man. Die Frage ist nur, soll er bergab oder bergan gehen? Bergab läuft er bestimmt sehr schnell.

Wir stehen vor der Frage, ob nach einer Ueberwindung der Krise, das heißt nach Ausfüllung der Produktionskapazität eine völlige Auffaugung der Arbeitslosen eintreten wird. Prophezeien ist schwer. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß selbst bei einer kräftigen Besserung der Lage sämtliche Arbeitslose von der Wirtschaft aufgesaugt werden. Der Grund dafür liegt im Tempo des technischen Fortschrittes. Wenn arbeitssparende Methoden eingeführt werden, so ist bestimmt noch keine Garantie gegeben, daß die Kapitalbildung rasch genug vor sich geht.

Kapitalbildung durch Lohnsenkung ist aber bestimmt kein Weg zur Lösung der Krise.

Der technische Fortschritt geht rascher vor sich als die Kapitalbildung und deshalb ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Arbeitslosen noch lange freigesetzt bleibt, weil für sie kein Produktionsrohmaterial gegeben ist. Man kann Rohstoffe aus den Märkten werfen, nicht aber neue Fertigwaren. Das Wachstum der Fertigungsindustrie kann nur in einem bestimmten Tempo vor sich gehen.

Also müßt du den technischen Fortschritt drosseln? Auf diese Frage ist zu antworten? Jawohl! Im Interesse der Gesamtbevölkerung ist sehr zu überlegen, ob man nicht bremsen soll. Bremsen ist nicht vernichten. Dieses Bremsen wird in verschiedenen Industriezweigen ja bereits geübt. So hat man die Fliesenmaschine nur allmählich eingeführt. Neue Produktionsmöglichkeiten müssen sich erst bilden. Jedenfalls haben wir mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit auf längere Zeit hinaus zu rechnen, und wir brauchen

eine Organisation der technischen Entwicklung, natürlich im weltwirtschaftlichen Rahmen.

Das Arbeitsvolumen muß über die ganze Bevölkerung verteilt werden. Das soll keine bloß vorübergehende Notmaßnahme sein, sondern eine Dauermaßnahme. Als solche ist die Arbeitsverkürzung zu empfehlen. Sie verringert nicht die Höhe des Sozialproduktes, verbessert aber die öffentlichen Finanzen und ebenso die Lage der Sozialversicherung. Dazu kommt noch, daß heute eine starke Intensivierung der Arbeit in zahlreichen Produktionszweigen vorhanden ist. Die Zahl der strukturellen Arbeitslosen beträgt sicherlich eine Million. Die Zahl der Arbeitslosen, die durch die Arbeitsverkürzung wieder in Arbeit kommen können, wird stark unterschätzt. 800 000 könnten in Arbeit kommen. Die Frage des Lohnausgleichs ist augenblicklich kein praktisches Problem. Sie wird ein solches erst bei der Besserung der Wirtschaftslage; denn solange die Arbeitslosigkeit so enorm groß ist, können auch starke Gewerkschaften keine Steigerung des Reallohnes durchsetzen.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit wird die Verwendung der Freizeit von neuem ein sehr wichtiges Problem. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die neu entstehende

Freizeit zu einer neuen Möglichkeit für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu machen.

Ein langes Wochenende und sieben Stunden Arbeit müssen die Voraussetzung dafür schaffen. Das Ziel der Entwicklung muß sein eine Freisetzung starker persönlicher Kräfte vom Druck der Erwerbsarbeit.

Leiderer Vortrag wurde vom Kongreß mit großem Interesse und starkem Beifall entgegengenommen.

Jouhaug vor dem Kongreß.

Am Dienstagmorgen begrüßte Jouhaug, der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, den Kongreß.

Wir in Frankreich — erklärte Jouhaug — sehen das Glend der deutschen Arbeiter, wir fühlen nicht nur mit den deutschen Arbeitern, sondern unser stärkster Wunsch ist, zusammen mit den deutschen Arbeitern, durch internationale Aktionen den Kampf gegen den Feind der Volksmassen, die kapitalistische Reaktion, aufzunehmen und durchzuführen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind muß gemeinsam organisiert werden. Wir brauchen einen Plan internationaler Zusammenarbeit aller Völker und zugunsten dieses Planes muß die Arbeiterklasse ohne Furcht und rücksichtslos ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen. Die französischen Arbeiter sind zum äußersten entschlossen. Sie sind bereit, ihre ganze Kraft für diesen Kampf zur Befreiung der Arbeiter, der Arbeiter der ganzen Welt einzusetzen. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schumann dankt Jouhaug für den Gruß der französischen Arbeiter.

Die Aussprache über die 40-Stunden-Woche.

Eggert, Wirtschaftsfunktionär des ADGB, Berlin: Die Krise ist eine Folge des schreienden Mißverhältnisses zwischen der Kraft der Erzeugung und der Schwäche des Umsatzes auf den Märkten. Nach den Feststellungen des Völkerverbandes haben wir eine Steigerung der Produktion seit 1913 bis 1928 um durchschnittlich 26 Prozent, dagegen nur eine Steigerung der Weltbevölkerung um 10 Prozent. Deutschland mit seinem riesigen Produktionsapparat kann ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht über die Krise hinwegkommen. Auf die Frage, was mit den 5 Millionen Arbeitslosen geschehen soll, muß endlich einmal eine Antwort gegeben werden. Die bisherige Behandlung dieser Frage durch die Regierung ist einfach unerträglich.

Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung für die Dauer.

Ein bloßer Notbehelf für den Augenblick genügt nicht; denn schon in der Zeit der Hochkonjunktur von 1929 war der Produktionsapparat nur zu 75 bis 80 Prozent ausgenutzt.

Bernhardt (Baugewerksbund): Auf der Bauwirtschaft herrscht völliger Stillstand. Die Bauarbeiter werden in diesem Jahre nicht einmal auf 12 Prozent Wochenarbeit kommen. Ein Oberbürgermeister einer großen Stadt meldet uns, daß

auf Jahre hinaus kein Bauauftrag mehr

herausgegeben werden könne, wenn die Regierung nicht eine andere Haltung einnehme. Aber selbst wenn das der Fall wäre, dann bleibe immer noch die Rationalisierung, die auch im Baugewerbe ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Gegen 1910 ist eine Steigerung der motorischen Kräfte im Baugewerbe um 200 Prozent

erfolgt. Eine Menge von Arbeitskräften wird eingespart, und die übriggebliebenen müssen sich dem motorischen Tempo anpassen. Auch wir Bauarbeiter verlangen eine Arbeitszeitverkürzung auf Dauer. Von den Arbeitgebern ist keine Verständigung zu erwarten. Daß die Arbeitszeitverkürzung möglich ist, haben unsere sozialen Baubetriebe erwiesen, wo von 42 bis 47 Stunden gearbeitet wird, und zwar ohne Verteuerung des Produktes.

Reichel (Metallarbeiter) betonte gegenüber den Ausführungen Stegerwalds, Lückentennnisse genügen nicht. Notverordnungen habe es bis jetzt genug gegeben, aber noch keine, die die Unternehmer einmal scharf angepackt hätte. Außer der Bierzigstundenswoche sei auch eine Umwandlung der eisenhaltenden Industrie notwendig; diese Umwandlung sei für Europa brennend. Daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas Positives unternehmen werden könne, beweise die Tatsache, daß ein ergiebigeres Werk der Metallindustrie

die Produktion um 102 Proz. steigerte und die Arbeiterbeschäftigung um rund 50 Proz. senkte.

Schöller (Textilarbeiter): Die Herren des Reichsarbeitsministeriums sagen bei Besichtigungen der Rationalisierungsschritte in der Textilindustrie, sie seien erstaunt und überrascht, aber Konsequenzen zögen sie aus ihren Feststellungen nicht.

Kraus-Stuttgart (Metallarbeiter) singt ein Loblied auf Sowjetrußland, das keine Auslandskredite erhalte und trotzdem die Planwirtschaft durchführe. Alle Hoffnungen auf parlamentarische Aktionen oder auf die Wirtschaftsdemokratie seien zwecklos. Die Lösung der Krise wie auch die Einführung der 40-Stunden-Woche seien nur im Wege des revolutionären Klassenkampfes möglich.

Spliedt ging zunächst auf Kraus' Tiraden ein: Wer ist's, der uns in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ständig Knüppel zwischen die Beine wirft? Die Herren Kommunisten! Sie haben auf den Homöopathen-Werken, wo die 40-Stunden-Woche unter dem Druck der Gewerkschaften bereits beschlossene Sache war, infolge einer knappen Mehrheit bei der Abstimmung im Betrieb die Bierzigstundenswoche zu Fall gebracht. Und wie bei den Homöopathen-Werken, so machen sie es überall. Was ist der Zweck der sogenannten russischen Planwirtschaft? Nichts anderes als ein Dumping zur Zerstörung der Volkswirtschaften Europas.

Wer sind die Leidtragenden dieser Zerstörung? Die Arbeiter!

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist die brennendste aller Fragen. Wir stehen vor einer Vereinigung der Wirtschaft. Wir müssen damit rechnen, daß noch Tausende auf die Straße gemorjen werden. Graufige Perspektiven tun sich vor uns auf. Soll das furchtbare Schicksal der Millionen von Arbeitslosen keine Wendung erfahren? Sollen die jugendlichen Arbeitskräfte nie in ihrem Leben das Glück genießen, endlich auch einmal an irgendeiner Arbeitsstätte eine mühe- und fruchtbringende Tätigkeit ausüben zu dürfen? Ein ruchloser Skandal ist es, den Gewerkschaften, die gegen die Hölle der Arbeitslosigkeit ankämpfen, immer nur mit Wenn und Aber und tausend Bedenken zu kommen. Die Reichsregierung ist anscheinend gar nicht geneigt, den schauerlichen Tatsachen Rechnung zu tragen.

Ihre Notverordnung ist und bleibt eine Herausforderung.

Die Generalregel der Arbeitszeitverkürzung wird durch tausende Drahtwerke eingepfercht. Die Mehrzahl der Betriebe wird von vornherein praktisch ausgeschlossen. Anderen Tausenden von Betrieben wird eine Abgeltung der Arbeitszeit durch kleine Zugeständnisse möglich gemacht. Und dann verhängt sich die Regierung noch hinter dem Reichsrat und verlangt noch obendrein sorgfältige Prüfung der technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, und auch das ist ihr noch nicht genug. Sie ist unerschöpflich in der Erfindung und Aufstöberung von Ausnahmen. Sagen wir es doch recht deutlich: Was hier die Regierung verspricht, ist nichts anderes als weiße Seife. Uns täuscht man nicht.

In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen wird die Arbeitszeit nicht gekürzt, sie wird erhöht.

Die Gemeinden gehen jetzt vielfach wieder von der 44- zur 48-Stunden-Woche über. Die Regierung verwies die Gewerkschaften auf Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Arbeitgeber sind grundsätzlich gegen die Arbeitszeitverkürzung, nicht, weil sie nicht möglich wäre, sondern aus lohnpolitischen Gründen.

Im Reichsarbeitsministerium hat man eine geradezu unheimliche Scheu, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas zu unternehmen. Man verschleppt die Entscheidung, man drückt sich um jede klare Stellungnahme, weil man Angst vor den Arbeitgebern hat. So geht das nicht weiter. Wir verlangen Taten! Daß der Arbeitslohnschutz abgebaut wurde, oh, dafür hatte man sehr schnell ganz klare und bestimmte Formeln zur Hand, warum nicht auch bei der Arbeitszeitverkürzung? Wir verlangen, daß endlich in der Frage der 40-Stunden-Woche ein entscheidender Schritt vorwärts getan wird.

Hier mit der 40-Stunden-Woche!

Das ist der Ruf des Kongresses, der Ruf der Rot verzweifeltesten Massen. (Starker Beifall.)

Tarnow: Die Welt gleicht einem Irrenhaus. Bolle Scheunen und die Massen hungern. Im Winter werden Hunderttausende frieren, in den Bergrevieren wachsen die Kohlenhalben bis in den Himmel. Millionen haben kein ganzes Hemd auf dem Leibe und in den Baumwollländern vernichtet man die Ernte. In der ganzen Welt gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Aufgabe der Wirtschaft ist, die Produktion zu erweitern und die Menschheit zu versorgen. Heute scheint es die wesentliche Kunst der Wirtschaft zu sein, möglichst planmäßig die Produktion und die Versorgung der Menschen einzuschränken, trotzdem Millionen Entbehrungen tragen müssen. Man weiß sich in der kapitalistischen Welt nicht mehr zu helfen, als ausgehäufte Vorräte, die ursprünglich für die Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt waren, zu vernichten. Wir Sozialisten sind heute fester denn je davon überzeugt, daß allein der Sozialismus die Befreiung bringen kann.

Gäbe es heute in der Welt ein nach sozialistischen Prinzipien organisiertes Gemeinwesen, so wäre die Schlacht gewonnen.

Was wir in Rußland sehen, kann alles andere, nur nicht überzeugen, daß es mit solchen Methoden besser würde. Wenn nach angestrengtester Organisationsarbeit in 13 oder 14 Jahren die Lage noch so ist, daß in einem Agrarlande die Bevölkerung mit Brot- und Lebensmittelforten ausgerüstet werden muß, so ist das ein äußerst negatives Resultat. Wir wissen, daß nur der Weg zum Sozialismus ins Freie, aus der Not heraus führen kann. Aber wir können diesen Weg nicht von heute auf morgen gehen, denn wir wollen die Arbeiterklasse lebend in den Sozialismus hinein-führen.

Zu den Arbeitsbeschaffungsplänen des Internationalen Arbeitsamtes nahm der Kongreß folgende Entscheidung an:

„Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden. Der Kongreß beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.“

...immer wieder Tack



385
Praktischer u. bequemer Spangenschuh, schwarz Leder. Dio. 1. Lack 4.85



585
Moderner zweifarbiges Spangenschuh, hübsches Herbstmodell



645
Herren-Helbschuh, braun od. schwarz, Rindbox in bewährte Ausführung



885
Orig. Goodyear Welt Herren-Helbschuh, in braun, Moirbox oder schwarz, Boxkalf

140 eigene Verkaufsstellen, davon 23 in Groß-Berlin und Potsdam